Verhandlungsschrift

über die *öffentliche Sitzung des Gemeinderates*

der *Marktgemeinde Ternberg*

am *Donnerstag, den 04.10.2007*, im *Sitzungssaal des Marktgemeindefamtes Ternberg*

Beginn: 19:00
Ende:

Anwesende

1.	Bürgermeister Alois Buchberger	ÖVP	
2.	Vize-Bürgermeister Josef Kleindl	ÖVP	
3.	GV Andreas Ahrer	ÖVP	
4.	GV Hermann Mayr	ÖVP	
5.	GR Mag. Birgit Losbichler	ÖVP	
6.	GR Ferdinand Großwindhager	ÖVP	
7.	GR Theresia Molterer	ÖVP	
8.	GR Josef Pörnbacher	ÖVP	
9.	GR Johann Großtesner	ÖVP	
10.	GR Ing. Franz Derfler	ÖVP	
11.	GR Helmut Gruber	ÖVP	
12.	Vize-Bürgermeister Leopold Steindler		SPÖ
13.	GV Hugo Krieger	SPÖ	
14.	GV Gerhard Müller	SPÖ	
15.	GR Johann Hager	SPÖ	
16.	GR Karl-Heinz Wimmer	SPÖ	
17.	GR Franz Gierer	SPÖ	
18.	GR Edgar Blasl	FPÖ	
19.	GR Anna Schörkhuber	BPT	
20.	Florian Pörnbacher	ÖVP	Vertretung für Karl Brandstetter
21.	Rudolf Gumpoldsberger	ÖVP	
22.	GR Günther Steindler	SPÖ	
23.	Christian Born	SPÖ	Vertretung für Kurt Reisinger
24.	Hildegard Kleinhagauer	SPÖ	Vertretung für Harald Salcher
25.	Maria Singer	BPT	Vertretung für Dr. Reinhold Zischkin
26.	Norbert Hochmuth		fachkundige Person
27.	Ursula Sparr		Schriftführer

Abwesende

28.	GR Stefan Großwindhager	ÖVP	entsch. am 04.10.2007 beruflich verhindert
29.	GR Franz Eibenberger	SPÖ	entsch. am 04.10.2007 dienstlich verhindert
30.	GR Pia Wiltschko	SPÖ	entsch. am 04.10.2007 privat verhindert
31.	GR Josef Großteßner-Hain	BPT	entsch. am 02.09.2007 dienstlich verhindert
32.	Karl Brandstetter	ÖVP	entsch. am 04.10.2007 krankheitshalber verhindert
33.	Kurt Reisinger	SPÖ	entsch. am 04.10.2007 beruflich verhindert
34.	Reinhold Gsöllpointner	SPÖ	entsch. am 04.10.2007 beruflich verhindert
35.	Harald Salcher	SPÖ	entsch. am 04.10.2007 beruflich verhindert
36.	Dr. Reinhold Zischkin	BPT	entsch. am 03.09.2007 beruflich verhindert

Der Vorsitzende eröffnet um **19:00 Uhr** die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu an alle Mitglieder zeitgerecht schriftlich am 14. Dezember 2006 in der Form erfolgt ist, indem der Sitzungsplan vom 17. November 2006 für alle im Jahre 2007 geplanten Gemeindevorstands- und Gemeinderatssitzungen nachweislich zugestellt wurde. Die Tagesordnung wurde am 21.09.2007 ausgesandt; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel wurde am gleichen Tage öffentlich kundgemacht;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 05.07.2007 bis zur heutigen Sitzung zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Als Protokollunterfertiger werden folgende Gemeinderäte namhaft gemacht:

- ÖVP: GR Molterer Theresia
- SPÖ: GR Gierer Franz
- BPT: GR Schörkhuber Anna
- FPÖ: GR Blasl Edgar

1. Nachwahl eines Mitgliedes in den Finanzausschuss der Marktgemeinde Ternberg auf Grund des Mandatsverzichtes von Herrn Rogner Christian
2. Nachwahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten auf Grund des Mandatsverzichtes von Herrn Rogner Christian
3. Nachwahl eines Obmann-Stellvertreters in den Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten auf Grund des Mandatsverzichts von Herrn Rogner Christian
4. Nachwahl eines Ersatzmitgliedes in den Prüfungsausschuss der Marktgemeinde Ternberg auf Grund des Mandatsverzichtes von Herrn Rogner Christian
5. Kanalbau Ternberg, BA 12, Vergabe der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten
6. Prüfbericht der Prüfungsausschusssitzung vom 12. Juli 2007
7. Errichtung eines Kinderspielplatzes, Genehmigung des Finanzierungsplanes
8. Änderung Bebauungsplan Nr. 54 "Gerstmayer" - Genehmigungsbeschluss
9. Beratung über die Änderung/Auflassung alter Bebauungspläne
10. Schlussvermessung nach Kanalbau Grst. 2444/4, KG Ternberg - Genehmigung Vermessungsplan und Antrag auf Verbücherung gem. § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz
11. Schlussvermessung nach Kanalbau Grst. 2442/2, KG Ternberg - Genehmigung Vermessungsplan und Antrag auf Verbücherung gem. § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz
12. Mayr Karl und Rosina - Stellungnahme zur Gewerberechtsverhandlung am 09. August 2007
13. Sibü Design GmbH & Co KG, Jupiterstraße 8, 4452 Ternberg - Stellungnahme zur Gewerberechtsverhandlung am 25. September 2007
14. Prüfbericht des Landes - Erledigungen
15. Allfälliges

1. Nachwahl eines Mitgliedes in den Finanzausschuss der Marktgemeinde Ternberg auf Grund des Mandatsverzichtes von Herrn Rogner Christian

Bürgermeister Buchberger verliest den dazu verfassten Amtsvortrag vollinhaltlich wie folgt:

Mit Schreiben vom 11.09.2007 teilte GR Christian Rogner mit, dass er mit Wirkung vom 26.09.2007 gem. § 22 OÖ Gemeindeordnung 1990 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet. Gleichzeitig hat er die Erklärung abgegeben, dass er aus der Liste der Ersatzmitglieder gestrichen werden möchte.

Herr Rogner war Mitglied des Finanzausschusses, es ist daher die Nachwahl eines Mitgliedes gem. § 33 OÖ GemO 1990 erforderlich. Dabei besteht gem. § 26 OÖ GemO 1990 Fraktionswahl.

Von der ÖVP-Fraktion wurde folgender Wahlvorschlag eingebracht:

Name	Geb. Datum	Anschrift
Pörnbacher Josef Wilhelm	04.01.1953	4452 Ternberg, Breitenfurt 50

Der Wahlvorschlag ist mit den erforderlichen Unterschriften versehen und somit gültig.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim sondern durch Handerheben abzustimmen.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim, sondern durch Handerheben abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die ÖVP-Fraktion des Gemeinderates möge beschließen, Herrn Pörnbacher Josef Wilhelm als Mitglied des Finanzausschusses zu nominieren.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt Antrag, die ÖVP-Fraktion möge Herrn Pörnbacher Josef Wilhelm als Mitglied des Finanzausschusses wählen.

Abstimmungsergebnis:

Der Wahlvorschlag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: Wahlvorschlag

2.Nachwahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten auf Grund des Mandatsverzichtes von Herrn Rogner Christian

Bürgermeister Buchberger verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

Mit Schreiben vom 11.09.2007 teilte GR Christian Rogner mit, dass er mit Wirkung vom 26.09.2007 gem. § 22 OÖ Gemeindeordnung 1990 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet. Gleichzeitig hat er die Erklärung abgegeben, dass er aus der Liste der Ersatzmitglieder gestrichen werden möchte.

Herr Rogner war Mitglied des Ausschusses für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten, es ist daher die Nachwahl eines Mitgliedes gem. § 33 OÖ GemO 1990 erforderlich. Dabei besteht gem. § 26 OÖ GemO 1990 Fraktionswahl.

Von der ÖVP-Fraktion wurde folgender Wahlvorschlag eingebracht:

Mitglied	Geb. Datum	Anschrift
Grumpoldsberger Rudolf	15.03.1937	4452 Ternberg, Gartenstraße 7

Ersatzmitglied

Name	Geb. Datum	Anschrift
Mayr Hermann	06.08.1952	4452 Ternberg, Neudorferstraße 1

Der Wahlvorschlag ist mit den erforderlichen Unterschriften versehen und somit gültig.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim sondern durch Handerheben abzustimmen.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim, sondern durch Handerheben abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die ÖVP-Fraktion des Gemeinderates möge beschließen, Herrn Gumpoldsberger Rudolf als Mitglied sowie Herrn Mayr Hermann als Ersatzmitglied des Ausschusses für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten zu nominieren.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, die ÖVP-Fraktion möge Herrn Gumpoldsberger Rudolf als Mitglied und Herrn Mayr Hermann als Ersatzmitglied in den Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten wählen.

Abstimmungsergebnis:

Die beiden Wahlvorschläge werden beide einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: 2 Wahlvorschläge

3. Nachwahl eines Obmann-Stellvertreters in den Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten auf Grund des Mandatsverzichts von Herrn Rogner Christian

Der Bürgermeister verliest den verfassten Amtsvortrag und den eingegangenen Wahlvorschlag wie folgt:

Mit Schreiben vom 11.09.2007 teilte GR Christian Rogner mit, dass er mit Wirkung vom 26.09.2007 gem. § 22 OÖ Gemeindeordnung 1990 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet. Gleichzeitig hat er die Erklärung abgegeben, dass er aus der Liste der Ersatzmitglieder gestrichen werden möchte.

Herr Rogner war Obmann-Stellvertreter des Ausschusses für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten, es ist daher die Nachwahl eines Obmann-Stellvertreters gem. § 33 OÖ GemO 1990 erforderlich. Dabei besteht gem. § 26 OÖ GemO 1990 Fraktionswahl.

Von der ÖVP-Fraktion wurde folgender Wahlvorschlag eingebracht:

Name	Geb. Datum	Anschrift
Grumpoldsberger Rudolf	15.03.1937	4452 Ternberg, Gartenstraße 7

Der Wahlvorschlag ist mit den erforderlichen Unterschriften versehen und somit gültig.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim sondern durch Handerheben abzustimmen.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim, sondern durch Handerheben abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die ÖVP-Fraktion des Gemeinderates möge beschließen, Herrn Gumpoldsberger Rudolf als Obmann-Stellvertreter des Ausschusses für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten zu nominieren.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, die ÖVP-Fraktion möge Herrn Gumpoldsberger Rudolf als Obmannstellvertreter in den Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten wählen.

Abstimmungsergebnis:

Der Wahlvorschlag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: Wahlvorschlag

4.Nachwahl eines Ersatzmitgliedes in den Prüfungsausschuss der Marktgemeinde Ternberg auf Grund des Mandatsverzichtes von Herrn Rogner Christian

Der Bürgermeister verliest den dazu verfassten Amtsvortrag wie folgt:

Mit Schreiben vom 11.09.2007 teilte GR Christian Rogner mit, dass er mit Wirkung vom 26.09.2007 gem. § 22 OÖ Gemeindeordnung 1990 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet. Gleichzeitig hat er die Erklärung abgegeben, dass er aus der Liste der Ersatzmitglieder gestrichen werden möchte.

Herr Rogner war Ersatzmitglied des Prüfungsausschusses, es ist daher die Nachwahl eines Ersatzmitgliedes gem. § 33 OÖ GemO 1990 erforderlich. Dabei besteht gem. § 26 OÖ GemO 1990 Fraktionswahl.

Von der ÖVP-Fraktion wurde folgender Wahlvorschlag eingebracht:

<u>Name</u>	<u>Geb. Datum</u>	<u>Anschrift</u>
Gruber Helmut	20.03.1956	4452 Ternberg, Prinzstraße 1

Der Wahlvorschlag ist mit den erforderlichen Unterschriften versehen und somit gültig.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim sondern durch Handerheben abzustimmen.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, über die Nachwahl nicht geheim, sondern durch Handerheben abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die ÖVP-Fraktion des Gemeinderates möge beschließen, Herrn Gruber Helmut als Ersatzmitglied des Prüfungsausschusses zu nominieren.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, die ÖVP-Fraktion möge Herrn Gruber Helmut als Ersatzmitglied in den Prüfungsausschuss wählen.

Abstimmungsergebnis:

Der Wahlvorschlag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: Wahlvorschlag

5.Kanalbau Ternberg, BA 12, Vergabe der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten

Der Bürgermeister verliest den dazu erstellten Amtsvortrag wie folgt:

Die Leistungen für die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten für die Ortskanalisation Ternberg, BA 12, wurden im nicht offenen Verfahren im Unterschwellenbereich nach dem Billigstbieterprinzip ausgeschrieben.

Die Ausschreibungsunterlagen wurden an insgesamt acht Firmen verschickt, die alle Angebote abgegeben haben. Die Anbotseröffnung am 17.08.2007 brachte folgende Ergebnisse:

Anbotsteller	Anbotssumme excl. MWSt.	Anmerkungen	Rei- hung
Fa. Held & Francke BaugesmbH, 4030 Linz, Kotzinastraße 4	86.757,53		7
Fa. Teerag-Asdag AG, 4021 Linz, Pummererstraße 17	79.557,14		3
Fa. Fürholzer GesmbH., 4341 Ar- bing, Gewerbepark 1-5	82.545,10		4
Fa. Koller Hoch- u. Tiefbau, 4360 Grein, Ufer 11	92.304,60		8
Fa. Strabag, 4020 Linz, Salzburger Straße 323	85.241,64		5
Fa. Straßen- u. Pflasterbau, 4407 Steyr, Anna-Zelenka-Straße 15	86.479,63		6
Fa. Alpine-Mayreder BauGesmbH, 4021 Linz, Sophiengutstraße 20	68.120,70		1
Fa. Gebrüder Haider & Co GmbH 4451 Steyr-St.Ulrich, Werkstraße 7	73.940,00		2

Die Anbote wurden dem Büro dlp Ziviltechniker GmbH zur genauen Überprüfung übergeben. Aufgrund der durchgeführten genauen rechnerischen und sachlichen Überprüfung wurde die Firma Alpine-Mayreder, Linz mit einer Anbotssumme von € 68.120,70 excl. MWSt als Billigstbieter ermittelt.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des Bestanbotes und der fachlichen Qualifikation des Anbieters wird vorgeschlagen, der Firma Alpine-Mayreder Bau GmbH, Sophiengutstraße 20, 4021 Linz, den Zuschlag für die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten für die Ortskanalisation Ternberg BA 12 zur angebotenen Nettosumme von € 68.120,70 zu erteilen.

Beratung:

Wortmeldung GR Großwindhager Ferdinand:

Er ergänzt dazu, hätte man damals schon Baulandsicherungsverträge gehabt, wären heute die Baukosten für Wasser und Kanal nicht so hoch und man könnte dies durch die Einnahmen vom Baulandsicherungsvertrag aufrechnen.

Beschlussfassung:

GR Großwindhager stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Auftrag für die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten im Bauabschnitt 12 an die Firma Alpine-Mayreder auf Grund der Überprüfung durch das Büro dlp zum Anbotspreis von € 68.120,70 excl. MWSt. vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

6.Prüfbericht der Prüfungsausschusssitzung vom 12. Juli 2007

Bürgermeister Buchberger bittet den Prüfungsausschussobmann GR Wimmer um einen Bericht.

GR Wimmer verliest den verfassten Prüfungsbericht vollinhaltlich wie folgt:

Prüfungsergebnis

1. Prüfbericht Land - Maßnahmen

Obmann Wimmer erwähnt den sehr positiven Prüfbericht. Auch die sehr positive Abgangsentwicklung wurde im Bericht erwähnt. Anschließend wurden die einzelnen Punkte abgearbeitet. Ein Kritikpunkt im Prüfbericht war die Überbesetzung im Amtshaus.

AL Haider erklärt ausführlich die Situation und erklärt auch, dass in der allgemeinen Verwaltung sehr viel „Bürgerservice“ mitgemacht wird. z.B. Hilfestellungen beim Formularausfüllen, Wohnungsvergaben, usw. Auch die Agenden des Wasserverbandes wurden bis 1. Juni 2007 gegen Entschädigung von Gemeindebediensteten mit erledigt. Nun wurde eine Sachbearbeiterin mit 12 Wochenstunden aufgenommen. Großeßner-Hain fragt an, warum die Wohnungsvergabe nicht bei der Styria selbst erfolgt.

AL Haider erklärt, dass der Gemeindevorstand ein Vorschlagsrecht bei der Wohnungsvergabe hat und deshalb wird das in der Allgemeinen Verwaltung miterledigt.

Obmann Wimmer fragt wegen der im Prüfbericht erwähnten 0,5 Personaleinheiteneinsparung.

AL Haider erläutert die geplante Nachbesetzung im Bauamt und dass im Zuge dieser internen Nachbesetzung 0,5 Personaleinheiten in der allgem. Verwaltung eingespart werden sollen.

Ing. Derfler fragt, ob diese Einsparung dann mit Überstunden abgedeckt wird, weil ja die Arbeit nicht weniger wird.

AL Haider erklärt, dass Rückstände bei der Arbeit vorhanden sind, jedoch keine Überstunden gemacht werden. Er gibt zu bedenken, dass die Arbeit ja nicht weniger, sondern mehr wird.

Obmann Wimmer erörtert auch die geforderte Eintrittspreis Anpassung im Freibad.

AL Haider erklärt, dass im Prüfbericht angeregt wird, die Eintrittspreise im speziellen bei den Saisonkarten den umliegenden Gemeinden anzupassen.

Obmann Wimmer spricht den geforderten Versicherungsscheck an.

AL Haider erklärt, dass der Versicherungsmakler Lungenschmid vor einigen Jahren bereits einen Check durchgeführt hat und den besten Preis mit der Versicherung ausgehandelt hat.

Großeßner-Hain fragt an, bei welchen Versicherungsgesellschaften Verträge abgeschlossen wurden.

AL Haider erklärt, dass sämtliche Versicherungen bei der Oberösterreichischen Versicherung abgeschlossen wurden. Einzig die Rechtsschutzversicherung war bei der D.A.S. Versicherung. Diese wurde aber letztes Jahr gekündigt und ebenfalls bei der Oberösterreichischen Versicherung abgeschlossen. Es gab mit D.A.S. nur Probleme, wenn man einen Schadensfall hatte. Dies wurde auch von Bgm. Buchberger bestätigt.

Auch die sehr hohen Stromkosten werden von Herrn Wimmer angesprochen. Man sollte sich den Strom auch von anderen Lieferanten anbieten lassen.

Ing. Derfler meint, der Verbund hat mit dem Gemeindebund Stromlieferverträge abgeschlossen.

AL Haider erörtert, dass auch bereits Nachbargemeinden auf Verbundstrom umgestiegen sind.

Obmann Wimmer erklärt, dass für das Feuerwehrwesen in Ternberg rund € 16,00 pro Einwohner ausgegeben werden. Im Prüfbericht werden € 12,00 als Bezirksdurchschnitt angegeben.

Bgm. Buchberger erläutert die jährlich sehr schwierigen Voranschlagsgespräche mit den Feuerwehrkommandanten. Es wurden letztes Jahr bereits Vergleiche mit anderen Gemeinden angestellt und für dieses Jahr wird ein Fixbudget angestrebt. Es sollen € 14,00 pro Einwohner erreicht werden, da man bei 5 Feuerwehren natürlich auch mehr Fixkosten hat, als bei 2 Feuerwehren.

Großeßner-Hain fragt an, ob schon über eine Spezialisierung nachgedacht wurde.

Großwindhager sagt, dass das Landesfeuerwehrkommando die Ausrüstung der Feuerwehr vorgibt, die kleineren Feuerwehren bekommen nicht alle Geräte gefördert.

Bgm. Buchberger sagt, vom Landesfeuerwehrkommando werden Schwerpunkte gesetzt, zum Beispiel hat die Feuerwehr Ternberg ein großes Notstromaggregat und einen Taucherstützpunkt mit Boot.

Großwindhager sagt, dass die politische Verantwortung hier gefordert ist. Die Randfeuerwehren sind wegen der Mannschaftsstärke bei Katastropheneinsätzen sehr wichtig. Auch sind viele Mitglieder dieser Feuerwehren Landwirte und daher zu jeder Tageszeit für Einsätze bereit.

Obmann Wimmer erklärt, dass im Prüfbericht auch die Prüfung fertiggestellter Projekte gefordert wird.

Bgm. Buchberger sagt, dass zum Beispiel die Sanierung der Volksschule Trattenbach (Ausschreibung, Auftragsvergabe, Abrechnung, Mehrkosten und Finanzierung) geprüft werden könnte.

Amtsleiter Haider sagt dazu, dass der Prüfungsausschuss alle außerordentlichen Vorhaben prüfen kann und auch soll.

Obmann Wimmer stellt fest, dass bisher zu wenig Prüfungen vorgenommen wurden, laut Gesetz sind vier Prüfungen und die Prüfung des Rechnungsabschlusses pro Kalenderjahr notwendig.

Steindler fragt, wie sich die gesetzlich neugeregelte Kindergartenfinanzierung auf die Gemeinde auswirken wird, ob die Gemeinde jetzt mehr Geld erhält.

Amtsleiter Haider erklärt, dass in Ternberg ein Caritas Kindergarten geführt wird. Die neuen gesetzlichen Regelungen sind auch von der Caritas anzuwenden. Dies betrifft sowohl den Elternbeitrag als auch die Betriebszeiten und die Gruppengröße. Ob sich finanziell für die Gemeinde, die den Abgang beim Kindergartenbetrieb zu 100% abdeckt, eine Verbesserung ergibt, kann derzeit nicht gesagt werden. Dies hängt zu einem Großteil von den Eltern ab. Das Einkommen und die Auslastung des Kindergartens spielen hier eine gravierende Rolle.

Amtsleiter Haider verweist darauf, dass im Prüfbericht auch gefordert wird, dass alle Häuser die im 50 m Bereich der Ortswasserversorgungsanlage stehen auch an diese angeschlossen werden müssen. Ausnahmen können nur dann gemacht werden wenn ein unverhältnismäßig hoher finanzieller Aufwand entstehen würde. (Querung der Eisenbahn oder einer Autobahn oder Verlegung in Fels)

Gefordert wird auch eine Verlängerung der Darlehenslaufzeit. Eine Änderung des Müllabfuhrintervalls auf sechs Wochen und die Tourismusförderung soll auf Grund des Nächtigungsrückganges angepasst werden.

Großwindhager fragt, wie dies beim Wasseranschluss abgewickelt werden soll.

Dazu sagt Amtsleiter Haider, dass der Bürgermeister einen Bescheid in dem die Anschlusspflicht festgelegt ist erlassen muss. Bei einer Berufung müsste dann der Gemeinderat diesen Bescheid bestätigen.

2.Energieabrechnungen ab 2003

Der Obmann gibt bekannt, dass er die Vorlage einer Energiebuchhaltung bereits mehrmals gefordert hat. Dazu teilt Frau Asmus mit, dass sie mit Herrn Hochmuth gesprochen hat, die Energiebuchhaltung aber noch nicht vorgelegt werden kann.

Bgm. Buchberger sagt dazu, dass er in diese Angelegenheit mit Herrn Hochmuth sprechen wird.

Großteßner-Hain bemerkt dazu, dass die Energiebuchhaltung verpflichtend eingeführt wird.

3.Allfälliges

Obmann Wimmer fragt, wer den Bauhofplatz geschottert hat.

Amtsleiter Haider teilt mit, dass die Firma Illichmann-Haider während dem Kanalbau BA 11 den Platz ebenfalls für die Zwischenlagerung von Rohren, Schächten und Baufahrzeugen benützt hat. Dafür hat nun die Firma den Platz geschottert und gegrädert.

Steindler fragt, warum die Albert-Bachner-Straße im Bereich der Pfarrbaracke nicht neu asphaltiert wurde.

Amtsleiter Haider teilt mit, dass dort kein neuer Kanal verlegt wurde und dass die Mehrkosten im Kanalbauabschnitt 11 nicht untergebracht werden konnten.

Steindler fragt weiter, warum im Bereich der Heldenstraße an der Grundgrenze zum alten Sportplatz Leistensteine versetzt wurden.

Bgm. Buchberger teilt mit, dass diese von Dechant Mag. Friedrich Lehnhart gefordert wurden. Er erhält für die Benützung der Wiese während der Kanalbauzeit keine Flurschadenentschädigung. Die Grundgrenze musste in diesem Bereich neu vermessen werden und auf Grund der jahrelangen Benützung und Nachschotterungen, teilweise bereits ein Meter vom Privatgrund der Diözese als Straße benützt wurde.

Großteßner-Hain fragt, welche Gräberarbeiten am Wanderweg stattgefunden haben.

Bgm. Buchberger sagt dazu, dass hier keine Gräberarbeiten stattgefunden haben. Der Wanderweg wurde von der Firma Aigner Georg von der Grundgrenze Schwaiger bis zum Felsen vor den Freinbergbach verbreitert. Die Verbreiterung bis zum Freinbergbach sollte von der Wildbachverbauung vorgenommen werden, damit man zum Bach zufahren kann. Dies ist bisher nicht erfolgt. In diesem Bereich wurden Holzschlägerarbeiten durchgeführt. Die Lärchen die für die Wildbachverbauung notwendig sind, liegen entlang dem Wanderweg.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den vorgetragenen Prüfbericht beschließen.

Beschlussfassung:

GR Ing. Derfler stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den von Prüfungsausschussobmann GR Wimmer vorgelegten Prüfbericht beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

7.Errichtung eines Kinderspielplatzes, Genehmigung des Finanzierungsplanes

Der Bürgermeister verliest den dazu erstellten Amtsvortrag wie folgt:

Das Amt der OÖ Landesregierung hat mit Erlass vom 3. August 2007, Zl. Gem-311338/532-2007-Kep, die Genehmigung einer Bedarfszuweisung für die Errichtung eines Kinderspielplatzes erteilt.

Die Überprüfung des Antrages der Marktgemeinde Ternberg vom 14. Dezember 2006, Zl.: 940/2006/Ha/As, hat vom Standpunkt der Gemeindeaufsichtsbehörde aus nachstehende Finanzierungsmöglichkeit für die Errichtung eines Kinderspielplatzes ergeben:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	bis 2006	2007	2008	2009	gesamt in Euro
Rücklagen		0,00			0,00
Anteilsbetrag o.H.		0,00			0,00
Marktgemeinde Regiearbeiten		5.000,00	5.000,00		10.000,00
Sst. Mittel/Sponsoren		6.830,00			6.830,00
LZ Abt. Dorf- u. Stadterneu.		5.800,00	0,00		5.800,00
LZ Abt. Wohnbauförderung		26.270,00			26.270,00
LZ Familienreferat		2.000,00			2.000,00
LZ Jugendförderung		1.100,00			1.100,00
LZ Abteilung Bildung		12.000,00			12.000,00
Bedarfszuweisung				10.000,00	10.000,00
Summe:		59.000,00	5.000,00	10.000,00	74.000,00

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge den vorliegenden Finanzierungsplan gemäß Erlass des Amtes der OÖ Landesregierung vollinhaltlich beschließen.

Beratung:

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Er möchte wissen, wo die 6.830,-- Euro herkommen, die unter der Rubrik „Sponsoren“ angeführt sind. Welche Vorschläge gibt es da und wurden schon diesbezügliche Verhandlungen geführt?

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Er gibt dazu bekannt, dass es vom Verein Dorferneuerung bereits Vorschläge gegeben hat, wie das Geld hereinkommen soll. Dies liegt jedoch derzeit in der Schublade.

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Er bemerkt dazu, dass mit den Leuten von der DOSTE beim Land zwar betreffend Sponsoring gesprochen wurde, jedoch nicht über die Verlegung des Spielplatzes. Er befürchtet, dass man das Geld in Höhe von 5.800,-- dann nicht bekommen wird.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Er gibt bekannt, dass diese Mittel bereits zugesagt sind.

Wortmeldung GR Mag. Losbichler:

Sie berichtet, dass sie bereits Zusagen über 1.500,-- Euro von einem Sponsor hat und dies fix ist. Den Namen wird sie zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht bekannt geben.

Wortmeldung ERGR Singer:

Sie stellt sich die Frage, ob es noch um den alten Standort geht. Die Abteilung DOSTE beim Land verlangt eine breite Einbindung der Bevölkerung, im besonderen der Anrainer. Nicht im Sinne der DOSTE ist es, dass einfach ein Standort hergenommen wird, den die Leute nicht haben wollen.

Sie wünscht sich einen guten Platz, der allen gefällt.

Weiters befürchtet sie, dass die Kosten für die Errichtung um einiges höher sein werden.

Wortmeldung GR Gumpoldsberger:

Er möchte dazu bemerken, dass er zu einem Gespräch von Frau Singer zu ihr nach Hause eingeladen wurde, da wegen der Finanzierung noch einige Fragen für Frau Singer offen waren. Nach 10 Minuten wurde er jedoch aus dem Haus gewiesen.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Er stellt fest, dass dies nicht zum gegenständlichen Punkt gehört und möchte zum Thema zurückkehren.

Wortmeldung ERGR Singer:

Sie stellt dazu fest, dass dies eine Verleumdung ist.

Beschlussfassung:

Bürgermeister Buchberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorgetragenen Finanzierungsplan betreffend Errichtung eines Kinderspielplatzes genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag stimmen die Gemeinderäte der ÖVP und SPÖ-Fraktion, GR Blasl Edgar (FPÖ), die BPT (GR Schörkhuber Anna und ERGR Singer Maria) enthalten sich der Stimme.

Der Antrag ist somit mit 23 Stimmen angenommen.

8.Änderung Bebauungsplan Nr. 54 "Gerstmayer" - Genehmigungsbeschluss

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

Am 05.07.2007 wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Gerstmayer“ einzuleiten.

Am 26. Juli 2007 wurden das Amt der OÖ Landesregierung und die Eigentümer der betroffenen Parzellen bzw. die unmittelbar in diese Parzellen angrenzenden Nachbarn von der Einleitung des Änderungsverfahrens verständigt und zur Abgabe einer Stellungnahme innerhalb von 4 Wochen aufgefordert.

Das Amt der OÖ Landesregierung, Abt. Örtliche Raumordnung, hielt in seiner Stellungnahme vom 17. August 2007 fest, dass keine überörtlichen Interessen berührt sind und kein Widerspruch zum rechtswirksamen Flächenwidmungsplan gegeben ist.

Am 27. August 2007 wurde von Karl und Edeltraud Enzenebner, Roseggerstraße 6, Ottilie und Franz Haider, Roseggerstraße 10 und Hannelore Karrer, Roseggerstraße 10, eine schriftliche Stellungnahme eingebracht. Dazu wird angemerkt, dass lediglich Herr und Frau Enzenebner das Recht zur Abgabe einer Stellungnahme in diesem Verfahren haben. Die Stellungnahme wird hiermit vollinhaltlich verlesen.

Die Stellungnahme liegt der Verhandlungsschrift bei und bildet einen wesentlichen Bestandteil derselben.

Weiters wurde von Herrn Enzenebner am 31. August 2007 eine Unterschriftenliste der Bewohner der Styria-Wohnhäuser Anzengruberstraße 1 – 3 gegen den geplanten Standort des Spielplatzes vorgelegt. Im Verfahren ist in diesem Fall aber die Styria als Eigentümer der Wohnhäuser zur Abgabe einer Stellungnahme berechtigt. Seitens der Styria wurde mündlich betont, dass die Errichtung des Spielplatzes begrüßt wird, eine schriftliche Stellungnahme liegt nicht vor.

Weitere Stellungnahmen sind nicht eingelangt.

Der Gemeinderat hat sich nunmehr mit den eingelangten Stellungnahmen zu befassen. Dazu wird wie folgt festgehalten:

- Zur Verkehrssicherheit wurde Kontakt mit Herrn Ing. Keplinger der Abt. Verkehrstechnik des Amtes der OÖ Landesregierung aufgenommen. Er kennt die Situation vor Ort und erklärt, dass aufgrund der bestehenden Tempo 30 Zone aus verkehrstechnischer Sicht keine Bedenken gegen die Errichtung eines Kinderspielplatzes bestehen.
- Die Problematik des stehenden Wassers wurde bereits durch die Errichtung der Kanalisation im Derflerfeld verbessert. Darüber hinaus wird der Bereich des Kinderspielplatzes aufgeschüttet. Dies wäre auch für den Fall einer Bebauung nötig.
- Für Wohnbauten ist gesetzlich die Errichtung eines Spielplatzes vorgesehen. Es gibt jedoch sehr viele Kinder, die nicht in einer Wohnanlage wohnen. Darüber hinaus hat die Styria die Errichtung des geplanten Platzes ausdrücklich begrüßt.
- Das Ruhebedürfnis der älteren Bewohner sollte nicht gestört werden, da es sich beim geplanten Spielplatz um einen Kleinkinderspielplatz handelt und keine lärmbelastigenden Anlagen bzw. Geräte aufgestellt werden.
- Die Problematik der wilden Entsorgung von Müll bzw. des Parkens von LKW-Anhängern entlang der Roseggerstraße ist unabhängig von der Errichtung eines Spielplatzes zu lösen.
- Die sehr gute Eignung dieses Standortes – insbesondere wegen der guten Einsehbarkeit von den öffentlichen Straßen aus - wurde in mehreren Gesprächen der Gemeinde mit Verantwortlichen der Spiel- und Freizeiteinrichtungsfirma Gestra, Waldneukirchen sowie mit DI Katzensteiner von der Abteilung Raumordnung hervorgehoben.
Der geplante Standort wurde auch vom Familienausschuss besichtigt und hat sich auch dieser für eine Verlegung des Spielplatzes ausgesprochen. Hauptargument war auch dabei die gegenüber dem alten Standort wesentlich bessere Einsehbarkeit.
- Die Einbeziehung der Bürger bei der Änderung eines Bebauungsplanes ist gesetzlich genau geregelt. Das gegenständliche Verfahren wurde nach diesen Vorgaben abgewickelt, sodass keinesfalls von einem Drüberfahren gesprochen werden kann. Dies wird darüber hinaus vom Land in weiterer Folge auch noch geprüft werden.

Bürgermeister Buchberger verliest ebenso das Schreiben der Styria.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge unter Berücksichtigung der im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Gerstmayer“ für die Grundstücke 1503/2, 1503/40 und 1503/41, KG Ternberg, gemäß den Änderungsplänen von DI Deinhammer beschließen.

Beschlussfassung:

GR Gumpoldsberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge unter Berücksichtigung der im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Gerstmayer“ für die Grundstücke 1503/2, 1503/40 und 1503/41, KG Ternberg, gemäß den Änderungsplänen von DI Deinhammer beschließen.

Vize-Bgm. Steindler stellt den Gegenantrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass der Bebauungsplan Nr. 54 „Gerstmayer“ für die Grundstücke 1503/2, 1503/40 und 1503/41, KG Ternberg, in der derzeitigen Form beibehalten wird.

Begründung:

1. Gegen die Errichtung des Kinderspielplatzes auf einem der im Gegenantrag genannten Grundstücke liegen zur Zeit 24 Unterschriften (Einwände) von Bewohnern der Anzengruberstraße und der Roseggerstraße vor.
2. Die Absiedlung des Kinderspielplatzes von der Albert-Bachner-Straße wird nur von einem Bürger gewünscht.
3. Das Grundstück des jetzigen Kinderspielplatzstandortes in der Albert-Bachner-Straße ist seit Jahren rechtskräftig gewidmet und wird dieser Widmung gemäß genutzt.
4. Laut Aussage des Herrn Bürgermeisters anlässlich einer Besprechung der im Gegenantrag genannten Parzellen am 11. Mai dieses Jahres wird bei Anrainereinwänden der Spielplatz an seinem derzeitigen Standort saniert.
5. Der Plan zur Sanierung des Kinderspielplatzes wurde den Standort Albert-Bachner-Straße gemacht.

Für die in diesem Plan vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen gibt es Finanzierungszusagen, die die Kosten zu ca. 95 % abdecken. Es ist unrealistisch, anzunehmen, dass bei einer Änderung des Standortes, so wie sie jetzt vorgesehen ist, die dadurch entstehenden Kosten mit annähernd hohem Prozentsatz abgedeckt werden können.

Beratung:

Wortmeldung GV Mayr:

Er ist entsetzt darüber, wie gemein die Leute sind. Er sah durch die Verlegung die Chance, dass die Kinder einen Platz haben, wo sie sich frei bewegen können, beim Freibad wäre dies nicht gut.

Wenn die Gemeinde das Grundstück von der Familie Gerstmayer kaufen hätte müssen, wäre dies nicht möglich gewesen, da das Grundstück viel zu teuer war. Nun sind die Voraussetzungen aber anders geworden und man müsse sich schon danach richten.

Weiters ist er der Meinung, dass die Jugend sehr gut weiß, was die politische Vertretung in der Gemeinde tut.

Man sollte sich gut überlegen, wie man reagiert. Er möchte nicht, wenn er alt und gebrechlich ist, dass man sagt, die Jungen müssen raus, weil die Alten ihre Ruhe haben möchten.

Wortmeldung GR Mag. Losbichler:

Man kann nicht sagen, dass man nur Herrn Hack entgegen kommt, weil damals wurde von ihm vorgeschlagen, einen 4 m breiten Streifen zu kaufen. Dies wurde jedoch vom Familienausschuss abgelehnt. Das Grundstück ist von der Form her jetzt schon eine Art Schlauch, was dann noch schlimmer geworden wäre. Beim neuen Grundstück ist es sehr viel besser und es liegt näher im Zentrum.

Sie ist der festen Überzeugung, dass hier die Gemeinnützigkeit vor dem Eigennutz stehen muss. Sie bleibt dabei, dass der neue Kinderspielplatz dort errichtet werden soll.

Sie möchte von ihren Kollegen wissen, warum sie im Ausschuss dann dafür gestimmt haben.

Wortmeldung GR Großesner Johann:

Er schließt sich der Meinung von Herrn Mayr an. Er kennt die Meinung von vielen Leuten über den zentrumsnahen Kinderspielplatz. Man kann nicht einfach alte und junge Leute trennen. Man sollte sich freuen, wenn in dieser Siedlung noch mehr Häuser gebaut werden und dort in der Folge auch Kinder leben werden und diesen dann auf diesem Spielplatz spielen können.

Wortmeldung GR Gierer:

Beim Treffen der Vereine der Dorf- und Stadtentwicklung Oberösterreichs am 22.09.2007 dieses Jahres in Kleinraming wurde bei einem Vortrag das Projekt „Ortsplatz Neu“ in Maria Neustift vorgestellt.

Der Schwerpunkt in der Planungsphase war Kontakt mit den Anrainern, um zu informieren und diverse Ängste auszuräumen.

Es wurden unter Einbindung der Pfarre, aller betroffenen Gruppen und Vereinen insgesamt 23 Infoveranstaltungen abgehalten.

Ideen und Anregungen aus der Bevölkerung wurden umgesetzt. Es gelang früher unvorstellbare Vorschläge in allen Gremien einstimmig umzusetzen. Das Projekt wurde vom Land OÖ mit einem Preis ausgezeichnet.

In Ternberg läuft die Sache anders! Bei den Planungsarbeiten zur Erneuerung des Kinderspielplatzes in der Albert-Bachner-Straße im Jahre 2005 wurde eine Informationsveranstaltung, beworben mit Plakaten und im RTV, direkt am Spielplatz abgehalten. Dabei waren etwa 20 Personen anwesend. Es wurden diverse Wünsche und Anregungen vorgemerkt und der Gruppe bei einer Planpräsentation vorgestellt. Auch wurden Kinder zu einer Ideenwerkstatt in das GH Manl eingeladen und zwei Tage später konnte man in der „Steyrer Rundschau“ schon lesen, dass der neue Kinderspielplatz in Ternberg Süd alle Stückerl spielen wird.

Zusätzlich wurden neu errichtete Spielplätze in der Umgebung besichtigt, Gespräche mit einem Mitarbeiter der Herstellerfirma für Spielplatzgeräte geführt und die anfallenden Errichtungskosten ermittelt.

Alle diese vorbereiteten Tätigkeiten waren vorläufig hinfällig.

Bei der Sitzung des Vereines „Ternberger Zukunft“ am 17.07.2006 wurden wir vom Bürgermeister informiert, dass Herr Hack einen 4 m breiten Grundstreifen des momentanen Kinderspielplatzes kaufen möchte. Amtsleiter Haider ergänzte, dass man mit dem Verkaufserlös die Neugestaltung des Kinderspielplatzes ausfinanzieren könnte.

Heuer wurde dem Gemeindevorstand, dem Gemeinderat und dem Verein „Ternberger Zukunft“ eine Verlegung des Kinderspielplatzes in das Neubaugebiet „Derflerfeld“ schmackhaft gemacht. Es würde keine Einwände geben, wurde uns mitgeteilt. Mit den Anrainern wurde kein Gespräch gesucht, sondern nach dem Einleitungsbeschluss im Gemeinderat die geplante Änderung des Bebauungsplanes den betroffenen Grundstückseigentümern mit Schreiben des Marktgemeindefamtes Ternberg vom 26.07.2007 mitgeteilt.

Von zwei Familien in der Roseggerstraße ist eine ablehnende Stellungnahme in der Marktgemeinde eingetroffen.

Zu diesem Einspruch wurden 20 Unterstützungsunterschriften von Bewohnern des angrenzenden STYRIA-Baues nachgereicht.

Die Anrainer haben es sich auch nicht leicht gemacht. Neben fundierten Argumenten wurden auch neue Möglichkeiten für Standorte genannt.

Es ist auch absurd, wenn man bei den SYRIA-Wohnungen einen Spielplatz hat und das der öffentliche Kinderspielplatz direkt daneben gebaut werden soll.

Interessant ist, dass man seitens der Gemeinde auch jetzt keine Gespräche sucht, sondern von der ÖVP den Antrag auf Umwidmung stellt und so über die Anrainer drüberfährt.

Wöchentlich erfährt man aus verschiedenen Medien über Vorfälle mit Kindern und Anrainern von Kinderspielplätzen. Deshalb ist die Situierung des Platzes und die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung besonders wichtig.

Bei der Förderung von Spielplätzen seitens des Landes bestehen strenge Qualitätskriterien, die eingehalten werden müssen, um Fördergelder zu erhalten. Vom Land OÖ wurde auf die Wichtigkeit der Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die kommunale Politik hingewiesen.

Bei massiven Einwänden von Bürgerinnen und Bürgern gegen den neuen Standort besteht die Möglichkeit, dass die Gemeinde Fördergelder vom Land verliert.

Besonder in der Dorf- und Stadtentwicklung sind die Einbindung der Bevölkerung und einstimmige Beschlüsse im Gemeinderat sehr wichtig.

Auch ich stand dem neuen Standort positiv gegenüber. Aber es darf bei der geplanten Verlegung zu keinen Anrainerbeschwerden kommen.

Vom Herrn Bürgermeister wurde in verschiedenen Gesprächen immer wieder erwähnt, dass es bei Einwänden zum Standort im Derflerfeld, zu keiner Standortverlegung kommen wird.

Alois, wie stehst du zu deinem Wort? Wenn man den Kinderspielplatz von der Albert-Bachner-Straße absiedelt, löst man zwar ein Problem, es entstehen jedoch im Bereich Rosegger- und Anzengruberstraße möglicherweise mehrere Konfliktpunkte.

Ich verlange, dass dem Gemeinderat das Schreiben von Herrn Hack, in welchem er um die Verlegung des Kinderspielplatzes angesucht hat, zur Kenntnis gebracht wird.

Ich habe mir nicht gedacht, dass die Revivialisierung eines Kinderspielplatzes, der von der Jungen ÖVP Ternberg vor ca. 30 Jahren initiiert wurde, so schwierig ist.

Bei einem Punschstand im Dezember 2006 wurde der Neubau des Kinderspielplatzes in der Albert-Bachner-Straße der Bevölkerung vorgestellt und um Spenden ersucht.

Sollte man jetzt die Einwände der Personen, die damals gespendet haben, nicht ernst nehmen, hat auch der Verein „Ternberger Zukunft“ keine Zukunft mehr.

Nur in der Albert-Bachner-Straße ist mit einer raschen Fertigstellung des Kinderspielplatzes zu rechnen. Begleitende Verkehrsmaßnahmen wie z.B. Umwandlung in eine Wohnstraße und Fahrverbote für den Durchzugsverkehr sind mit gemeinsamen Anstrengungen möglich. Auch Lärmschutzmaßnahmen zum Haus der Familie Hack sind sicher möglich.

Ich ersuche um Unterstützung für unseren Antrag. Es geht um den Kinderspielplatz für unsere Kinder und Enkelkinder.

Wortmeldung GR Steindler Günther:

Er fragt, ob es ein Schriftstück von Herrn Hack gibt. Wenn ja, möchte er es haben. Ebenso wie dies von Herrn Gierer gefordert wurde.

Ergänzend zur Wortmeldung von Frau Losbichler möchte er festhalten, dass man im Ausschuss zugestimmt hat, jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht wusste, dass 24 Personen gegen eine Standortverlegung sind.

Er versteht auch nicht, dass GV Mayr die Kinder von dort weg haben will.

Man hat im Ausschuss auch über ein Jugendzentrum gesprochen, das im Bereich des Freibades errichtet werden könnte. Da waren alle begeistert.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Er gibt bekannt, dass es kein Schreiben von Herrn Hack gibt, er hat das Anbot betreffend Grundtausch telefonisch bekannt gegeben.

Herr Hack ist mit der Familie Gerstmayer wegen Grundstückskauf in Verbindung getreten und will nach dem Kauf das Grundstück zum Nulltarif eintauschen.

Wortmeldung ERGR Singer Maria:

Sie möchte wissen, wer ist jetzt Grundbesitzer dieser Parzellen ist, die umgewidmet werden sollen.

Wortmeldung Bgm. Buchberger:

Er gibt bekannt, dass diese der Familie Gerstmayer gehören.

Wortmeldung GR Hager Johann:

Es wundert ihn, dass von Frau Losbichler von Peripherie und Zentrum gesprochen wird. Die Albert-Bachner-Straße ist für sie Peripherie und ein paar hundert Meter weiter ist das Zentrum.

Weiters bemerkt er dazu, dass laut Aussage von Bürgermeister Buchberger bei Einwänden über den neuen Standort der alte erhalten bleibt.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er erklärt, dass mit Peripherie das so gemeint war, da von Herrn Enzenebner gefordert wurde, den Platz entweder beim Freibad oder zum alten Pfarrhof zu verlegen.

Wortmeldung ERGR Singer Maria:

Sie ist der Meinung, dass man den Jugendlichen Raum geben muss. Sie sollten eine gesunde Luft haben, was beim jetzigen Standort sicher gegeben ist. Es geht auch darum, dass Frau Losbichler ein Jugendzentrum haben möchte.

Die Anrainer haben aber auch das Recht, zu sagen, das sie das nicht haben wollen. Es soll die beste Lösung gefunden werden.

Wortmeldung GV Ahrer:

Er findet es komisch, dass verhindert werden soll, dass man einen besseren Standort finden kann. Der neue Standort ist wirklich zentraler beim Ortszentrum und Probleme gibt es eigentlich nur mit Herrn Enzenebner und seiner Unterschriftenaktion.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er ergänzt, dass Herr Enzenebner mit Fotos, wo auf der geplanten Fläche Wasser gestanden ist, zu den Bewohnern der Anzengruberstraße ging und die Leute damit über den Tisch gezogen hat.

Wortmeldung GV Müller:

Er möchte wissen, wenn es nichts Schriftliches von Herrn Hack gibt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass Herr Hack den Grund auch wirklich kauft.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er berichtet, dass Herr Hack einen Vorvertrag hat, dass er bei einer Bebauungsplanänderung den Grund der Familie Gerstmayer abkauft und der Gemeinde kostenlos übergibt.

Wortmeldung GR Wimmer:

Er möchte wissen, was wäre, wenn er den Grund vom jetzigen Spielplatz kaufen würde und der Gemeinde zur Verfügung stehen könnte. Die Finanzierung des neuen Standortes wäre dann sicher besser gesichert.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er erklärt, dass dies auf keinen Fall in Frage kommt, ohne dass man einen neuen Standort für den Kinderspielplatz hat. Dann müsste man doch ins Bad abwandern. Im Tauschverfahren wäre es aber möglich, einen besseren Platz zu bekommen, so wie es jetzt vorgesehen ist.

Wortmeldung GV Mayr:

Er glaubt, dass es immer Gegner geben wird, das muss man gut abwägen. Für das Gemeinwohl ist das der bessere Platz, den sie bekommen können.

Wortmeldung GR Hager:

Er fragt, ob es stimmt, dass Herr Hack zwei Parzellen von Gerstmayer kaufen muss?

Er bemerkt weiter, dass es dort keinen Baulandsicherungsvertrag gibt. Man sollte auch darüber nachdenken. Sonst hat man dort eine Baulücke.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er sagt, dass dies nicht wahr ist. Es gibt dort wirklich keinen Baulandsicherungsvertrag. In Ternberg haben wir jedoch sehr viele solcher Flächen. Man kann das jedoch nicht ändern. Es ist jetzt so. Er zählt einige Flächen auf.

Wortmeldung GR Großwindhager Ferdinand:

Er spricht sich dafür aus, dass Herr Gerstmayer so schnell wie möglich die Grundstücke an Herrn Hack verkauft, damit weitergearbeitet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Für den Gegenantrag von Vize-Bgm. Steindler stimmen alle 9 SPÖ-Gemeinderäte und ERGR Singer Maria (BPT), gegen den Antrag stimmen alle 13 ÖVP-Gemeinderäte und GR Blasl Edgar (FPÖ), GR Schörkhuber Anna (BPT) enthält sich der Stimme.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Für den von GR Gumpoldsberger gestellten Umwidmungsantrag stimmen 13 ÖVP-Gemeinderäte und GR Blasl Edgar (FPÖ), alle 9 SPÖ-Gemeinderäte und GR Schörkhuber Anna (BPT) enthalten sich der Stimme, gegen den Antrag stimmt ERGR Singer Maria (BPT).

Der Antrag ist daher mit 14 Stimmen angenommen.

9. Beratung über die Änderung/Auflassung alter Bebauungspläne

Der Bürgermeister verliest den dazu verfassten Amtsvortrag wie folgt:

Im Zuge der regelmäßigen Bauberatungen mit Ing. Krendl vom Baubezirksamt Linz bzw. der Diskussionen mit Erich Frauenberger wurde bereits wiederholt festgestellt, dass einige Bebauungspläne der Marktgemeinde Ternberg mehr als 30 Jahre alt sind und die darin enthaltenen Vorschriften kaum mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Diese Bebauungspläne wären daher zu überarbeiten bzw. aus Einfachheitsgründen in jenen Fällen, in denen die meisten Parzellen bebaut sind, überhaupt aufzulassen.

Vom Bauamt wurden vorerst folgende zwei Bebauungspläne aufgegriffen:

Bebauungsplan Nr. 12 – Bäckengraben II

Dieser Bebauungsplan umfasst Parzellen im Bereich der Kapellenstraße, von denen bis auf zwei alle bebaut sind. Der Bebauungsplan stammt aus dem Jahr 1972.

Bebauungsplan Nr. 15 – Bäckengraben III

Dieser Bebauungsplan umfasst Parzellen im Bereich der Weingartenstraße / Ofnergut, von denen bis auf zwei alle bebaut sind. Der Bebauungsplan stammt aus dem Jahr 1974 und wurde 1989 bereits einmal geringfügig angepasst.

Aufgrund des Alters der Bebauungspläne sowie der Tatsache, dass die Parzellen fast alle bebaut sind, sollten diese beiden Pläne aufgelassen werden. Für die noch verbleibenden Parzellen entsteht damit die Möglichkeit, entsprechend der heutigen Gegebenheiten und Anforderungen zu bauen. Diese Bebauung hat natürlich nach den Bestimmungen der OÖ Bauordnung zu erfolgen, sodass die Gemeinde bzw. der Bürgermeister auch nach Auflassung der Bebauungspläne noch weitreichende Möglichkeiten zur Mitbestimmung hat.

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 24.09.2007 mit diesem Thema befasst und ist einstimmig zur Meinung gekommen, diese Bebauungspläne aufzulassen.

Für beide Bebauungspläne liegen weiters fachliche Stellungnahmen des Ortsplaners vom 03.10.2007 vor. Darin wird festgehalten wird, dass diese aufgrund ihres Alters keinesfalls mehr den Anforderungen eines zeitgemäßen Bebauungsplanes entsprechen. Damit dienen sie nicht mehr einer „ordnungsgemäßen geregelten Bebauung“, sondern stellt eine Behinderung dar, die eine Bebauung nach dem heutigen Stand der Technik verhindert. DI Deinhammer empfiehlt daher die Auflassung beider Bebauungspläne.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Verfahren zur Auflassung der Bebauungspläne „Nr. 12 – Bäckengraben II“ sowie „Nr. 15 – Bäckengraben III“ einzuleiten, da diese aufgrund ihres Alters nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprechen und die betroffenen Parzellen größtenteils bereits bebaut sind.

Beratung:

Wortmeldung GR Wimmer:

Er nimmt an, dass es mehrere solche alten Bebauungspläne geben wird. Er möchte wissen, ob dies kontinuierlich im Bauausschuss behandelt werden könnte und dann ein einziger Gemeinderatsbeschluss über deren Auflassung gefasst werden könnte.

Wortmeldung GR Hager:

Er fragt zum Bebauungsplan Bäckengraben III, ob es für die Häuser außerhalb der eingezeichneten blauen Linie einen eigenen Plan gibt.

Wortmeldung AL Hochmuth:

Er erklärt dazu, dass es nur innerhalb der blauen Linie einen gibt.

Beschlussfassung:

GR Großwindhager stellt den Antrag, der Gemeinderat möge die beiden Bebauungspläne Nr. 12 „Bäckengraben II“ und Nr. 15 „Bäckengraben III“ auflassen und das entsprechende Verfahren einleiten, da diese auf Grund ihres Alters nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprechen und die betroffenen Parzellen größtenteils bereits bebaut sind.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

10. Schlussvermessung nach Kanalbau Grst. 2444/4, KG Ternberg - Genehmigung Vermessungsplan und Antrag auf Verbücherung gem. § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz

Bürgermeister Buchberger verliest den dazu verfassten Amtsvortrag wie folgt:

Im Zuge der Bauarbeiten BA11 wurde in Maireben im Bereich der alten Bundesstraße zwischen den Häusern Lindner und Hofer das Pumpwerk XIV errichtet. Frau Veronika Hofer erklärte sich dabei bereit, den dafür zusätzlich benötigten Grund kostenlos an das öffentliche Gut abzutreten.

Am 21.08.2007 fand die Schlussvermessung durch Zivilgeometer DI Friedrich Mayrhofer statt. Der diesbezügliche Vermessungsplan 12544B/07 liegt nunmehr vor. Insgesamt müssen dabei von Frau Hofer 6 m² an das öffentliche Gut abgetreten werden. Der Vermessungsplan ist vom Gemeinderat zu beschließen und die Verbücherung gem. § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz zu beantragen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Vermessungsplan 12544B/07 von DI Friedrich Mayrhofer vom 28.08.2007 betreffend die Schlussvermessung des Grundstücks 2444/4 der KG Ternberg samt den darin enthaltenen Grundabtretungen voll inhaltlich beschließen sowie die Verbücherung gem. § 15 LTG beantragen.

Beratung:

Wortmeldung ERGR Singer Maria:

Sie möchte wissen, ob es eine schriftliche Erklärung von Frau Hofer über die Grundabtretung gibt.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er erklärt, dass man keine braucht, da diese Grundabtretung bereits bei der Begehung festgestellt und die Abtretung zugesagt wurde. Auf dem Protokoll des Geometers ist die Unterschrift von Frau Hofer jedoch vorhanden und somit gültig.

Beschlussfassung:

GR Molterer Theresia stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Vermessungsplan von DI Friedrich Mayrhofer vom 28.08.2007 betreffend die Schlussvermessung des Grundstückes 2444/4, KG Ternberg, samt den darin enthaltenen Grundabtretungen vollinhaltlich beschließen sowie die Verbücherung gemäß § 15 LTG beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

11.Schlussvermessung nach Kanalbau Grst. 2442/2, KG Ternberg - Genehmigung Vermessungsplan und Antrag auf Verbücherung gem. § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz

Der Bürgermeister verliest den verfassten Amtsvortrag wie folgt:

Im Zuge der Kanalbauarbeiten BA11 wurde auch die Verbindung der Sportplatzstraße zur Bundesstraße im Bereich der Kippe angepasst. Dafür wurde zum Teil Grund von Herrn Großeßner-Hain Hubert in Anspruch genommen. Mit diesem wurde vereinbart, diese Grundabtretung mit allfälligen Abtretungen der Gemeinde gegen zurechnen und den Rest mit einem Preis von € 2,-- je m² zu entschädigen.

Am 21.08.2007 fand die Schlussvermessung durch Zivilgeometer DI Friedrich Mayrhofer statt. Der entsprechende Vermessungsplan liegt nunmehr vor. Insgesamt werden von Herrn Großeßner-Hain Hubert 37 m² an das öffentliche Gut abgetreten, im Gegenzug tritt die Gemeinde 5 m² an Herrn Großeßner-Hain ab. Die Differenz von 32 m² wird wie vereinbart mit € 2,-- je m² entschädigt.

Vom Gemeinderat ist nunmehr der Vermessungsplan zu beschließen und die Verbücherung gem. § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz zu beantragen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Vermessungsplan 12544A/07 des DI Friedrich Mayrhofer vom 28.08.2007 betreffend die Schlussvermessung des Grundstückes 2442/2 der KG Ternberg samt den darin enthaltenen Grundabtretungen vollinhaltlich beschließen und die Verbücherung gem.

§ 15 LTG beantragen.

Der von Herrn Großeßner-Hain Hubert nach Gegenrechnung abgetretene Grund von 32 m² soll mit einem Preis von € 2,-- je m², insgesamt somit mit € 64,--, entschädigt werden.

Beratung:

Wortmeldung ERGR Singer Maria:

Sie möchte wissen, ob es für diese Grundabtretung eine schriftliche Vereinbarung gibt und auch über den angeführten Grundpreis und über das Ergebnis der Schlussvermessung.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er erklärt, dass eine Begehung gemeinsam mit Herrn Großeßner-Hain stattgefunden hat und das Ausmaß der Abtretung sowie der Preis vereinbart wurden. Der Geometer hat bei der Vermessung die Unterschrift eingeholt und wurde diese auch von Herrn Großeßner-Hain Hubert geleistet.

Beschlussfassung:

GR Pörnbacher Josef stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Vermessungsplan von DI Friedrich mayrhofer vom 28.08.2007 betreffend die Schlussvermessung des Grundstückes 2442/2, KG Ternberg, samt darin enthaltenen Grundabtretungen vollinhaltlich beschließen und die Verbücherung gemäß § 15 LTG beantragen.

Weiters soll der Gemeinderat beschließen, dass der von Herrn Großeßner-Hain Hubert nach Gegenrechnung abgetretene Grund im Ausmaß von 32 m² mit einem Preis von € 2,-- je m², insgesamt somit mit € 64,--, entschädigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

12.Mayr Karl und Rosina - Stellungnahme zur Gewerberechtsverhandlung am 09. August 2007

Bürgermeister Buchberger verliest den verfassten Amtsvortrag wie folgt:

Karl und Rosina Mayr, Rosenthal 25, 4452 Ternberg, haben unter Vorlage von Projektunterlagen um die Erteilung der gewerbebehördlichen Genehmigung für die Abänderung der Gasthaus-Betriebsanlage am Standort 4452 Ternberg, Rosenthal 25, durch Erweiterung des bestehenden Speisesaales auf den Grundstücken Nr. 250/1 und.34, beide KG Bäckengraben, angesucht.

Das Projekt wurde baurechtlich bereits am 06. Juli 2007 durch Herrn Ing. Krendl geprüft und genehmigt.

Die Gewerberechtsverhandlung wurde für Donnerstag, 09. August 2007, ca. 14.00 Uhr, ausgeschrieben.

Vor Erteilung der gewerberechtlichen Bewilligung durch die BH Steyr Land ist gemäß § 355 der Gewerbeordnung im Sinne des § 74 Abs 2 Z. 2 bis 5 die Gemeinde zu hören.

Zur Abgabe dieser Stellungnahme ist auf Grund der Übertragungsverordnung des Gemeinderates vom 17.02.2005 der Bauausschuss berechtigt.

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 02.08.2007 wie folgt beraten:

Zu den Bestimmungen des § 74 Abs. 2, Ziffer 2 – 4 sind durch die geplante Speisesaalerweiterung keine negativen Auswirkungen zu befürchten.

Es wurde somit einstimmig beschlossen, der Erteilung der gewerbebehördlichen Genehmigung für die Abänderung der Gasthaus-Betriebsanlage am Standort 4452 Ternberg, Rosenthal 25, durch Erweiterung des bestehenden Speisesaales auf den Grundstücken Nr. 250/1 und.34, beide KG Bäckengraben, bei Einhaltung der gewerbebehördlichen Vorschriften zuzustimmen.

Information an den Gemeinderat

Der vorstehende Sachverhalt und der einstimmige Beschluss des Bauausschusses werden hiermit dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Der Gewerbebehörde wurde der einstimmige Beschluss des Bauausschusses schriftlich mitgeteilt.

13.Sibu Design GmbH & Co KG, Jupiterstraße 8, 4452 Ternberg - Stellungnahme zur Gewerberechtsverhandlung am 25. September 2007

Der Bürgermeister verliest den dazu erstellten Amtsvortrag wie folgt:

Die Firma Sibu Design GmbH & Co KG, Jupiterstraße 8, 4452 Ternberg, hat unter Vorlage von Projektunterlagen um die Erteilung der gewerbebehördlichen Genehmigung für die Abänderung der Betriebsanlage am Standort 4452 Ternberg, Jupiterstraße 8, durch

1. Betrieb von zwei (bestehenden) Stanzschneidmaschinen, Type ROBUST SSMV 1000, während des Nachtzeitraumes (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr)
2. Aufstellung und Betrieb einer zusätzlichen (zweiten) Profilmantelungsmaschine in der bestehenden Produktionshalle (Bauabschnitt 4) sowie Innerbetriebliche Maschinenumstellungen in der Produktionshalle bzw. innerhalb der unterschiedlichen Bauabschnitte

angesucht.

Für 25. September 2007 wurde ein gewerbebehördlicher Lokalausweis ausgeschrieben. Vor Erteilung der gewerberechtl. Bewilligung durch die BH Steyr-Land ist jedoch gemäß § 355 der Gewerbeordnung im Sinne des § 74 Abs. 2 Z. 2 bis 5 die Gemeinde zu hören.

Zur Abgabe dieser Stellungnahme ist auf Grund der Übertragungsverordnung des Gemeinderates vom 17.02.2005 der Bauausschuss berechtigt.

In der Sitzung am 24. September 2007 hat der Bauausschuss dazu wie folgt beraten:

Zu Ziffer 2:

Es liegt eine Schalltechnische Untersuchung des Sachverständigen Ing. Harald Mayr, Pestalozzistraße 27, 4053 Haid, vor. Die dafür vorgenommenen Messungen am nächstliegenden Wohnhaus (Grünburger Straße 35 – Sill) ergaben einen LAeq (Mittelwert) von 29,3 dB. Dieser Wert liegt deutlich unter dem in der OÖ Grenzwertverordnung (Wohngebiet) festgehaltenen Grenzwert von 55 dB bei Tag bzw. 45 dB bei Nacht. Im Gutachten wird weiters festgehalten, dass die ermittelten Auswirkungen bei Betrieb der beiden Stanzen bei geschlossenen Fenstern und Türen deutlich unter dem Umgebungslärm liegen. Gegen die Ausdehnung der Arbeitszeit auf eine dritte Schicht gibt es daher auf Grund dieser Messung keine Bedenken, es sind aber die Fenster und Türen geschlossen zu halten.

Zu Ziffer 3 – 5 sind keine nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

Es wurde daher einstimmig beschlossen, der Erteilung der gewerbebehördlichen Genehmigung für den Betrieb von zwei Stanzschneidmaschinen während des Nachtzeitraumes sowie der Aufstellung und dem Betrieb einer zusätzlichen (zweiten) Profilmantelungsmaschine sowie innerbetrieblichen Maschinenumstellungen bei Einhaltung der gewerbebehördlichen Vorschriften zuzustimmen.

Information an den Gemeinderat

Der vorstehende Sachverhalt und der einstimmige Beschluss des Bauausschusses werden hiermit dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Der Gewerbebehörde wurde der einstimmige Beschluss des Bauausschusses schriftlich mitgeteilt.

14.Prüfbericht des Landes - Erledigungen

Bürgermeister Buchberger berichtet, dass der Prüfbericht des Landes einige Erledigungen durchzuführen sind und verliest die erarbeiteten Maßnahmen wie folgt:

Die Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land hat in der Zeit von 08.01.2007 bis 16.04.2007 durch einen Prüfer gemäß § 105 OÖ Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Gemeindeprüfungsordnung eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Ternberg vorgenommen. Zur Prüfung wurden die Jahre 2004 bis 2006 und der Voranschlag für das Jahr 2007 herangezogen. Der Bericht analysiert die Gebarungsentwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses, die von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen sind.

Der Prüfungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 12.07.2007 bereits mit dem Prüfbericht bzw. den darin enthaltenen Empfehlungen befasst.

Vom Gemeinderat sind nunmehr konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der einzelnen Vorschläge zu beschließen.

Mittelfristiger Finanzplan

Vorschlag/Empfehlung

„Wir schlagen vor, den Beginn neuer außerordentlicher Vorhaben auf die Finanzkraft der Marktgemeinde abzustimmen und nur zu beginnen, wenn eine Finanzierung gesichert ist. Von neuerlichen Darlehensaufnahmen oder anderen Formen einer Fremdfinanzierung raten wir dringend ab, solange die aus der Vergangenheit herrührenden, normal verzinsten Darlehen nicht getilgt sind.“ (Seite 7)

Maßnahme

Außerordentliche Vorhaben werden – wie schon in den letzten Jahren – nur nach Vorliegen einer gesicherten Finanzierung begonnen. Dabei werden neue Darlehen nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde aufgenommen.

Zeitraum für Umsetzung: laufend

Fremdfinanzierungen

Vorschlag/Empfehlung

„Sofern die Zinssätze wieder steigen und mit Annuitätenzuschüssen nicht mehr der gesamte Schuldendienst bedeckt werden kann, schlagen wir vor, mit Optimierungen der Konditionen z.B. in Form von einer Streckung der Laufzeit die Annuitätenhöhe zu verringern und damit den ordentlichen Haushalt zu entlasten.“ (Seite 42)

Maßnahme

Die Gemeinde wird mit den Darlehensgebern Verhandlungen bezüglich einer Optimierung der Konditionen führen. Eine Streckung der Laufzeit der Darlehen erscheint aufgrund der damit verbundenen längeren Belastung der Gemeinde eher problematisch.

Zeitraum für Umsetzung: bis Ende November 2007

Fremdfinanzierungen

Vorschlag/Empfehlung

„Wir schlagen daher vor, bis zur vollständigen Tilgung der bestehenden normal verzinsten Darlehen von neuerlichen Darlehensaufnahmen abzusehen bzw. nur in unbedingt notwendigen Fällen auf eine normal verzinsten Fremdfinanzierung zurückzugreifen.

Eine andere Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung von Darlehen bestünde darin, Erlöse aus Vermögensveräußerungen für Sondertilgungen zu nutzen.“ (Seite 11)

Maßnahme

Die Gemeinde war schon bisher bestrebt, neue Vorhaben möglichst ohne Darlehensaufnahme zu finanzieren. Diese Vorgangsweise wird auch in Zukunft beibehalten. Darüber hinaus werden neue Darlehen nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde aufgenommen.

Zeitraum für Umsetzung: laufend

Personalplanung

Vorschlag

„Als ersten Schritt zur Reduktion des Personaleinsatzes schlagen wir vor, das ursprüngliche Beschäftigungsausmaß des Dienstpostens der Allgemeinen Verwaltung von 100 Prozent auf 50 Prozent zu reduzieren.“ (Seite 14)

Maßnahme

Für die Nachbesetzung in der Allgemeinen Verwaltung wurde trotz des eher gestiegenen Arbeitsaufwandes per 01.10.2007 eine Mitarbeiterin mit nur mehr 20 Wochenstunden (= 50 % der Vollbeschäftigung) aufgenommen. Damit wurden 0,5 Personaleinheiten eingespart.

Zeitraum für Umsetzung: bereits erledigt

Personal

Vorschlag/Empfehlung

„Die Bediensteten sollten ermutigt werden, ihre eigenen Arbeitsabläufe vermehrt zu hinterfragen, selbst zu optimieren und dadurch den eigenen Arbeitsaufwand zu verringern. Die Einrichtung einer Ideenbörse

und eine entsprechende Würdigung (Belohnung) für besonders wirkungsvolle Veränderungen wären aus unserer Sicht motivierend.“ (Seite 42)

Maßnahme

Seitens der Gemeinde wurde bereits eine Organisationsberatung der Firma B'VM in Anspruch genommen. Die Umsetzung der Erkenntnisse war aufgrund der Pensionierungen bzw. Nach- und Umbesetzungen der letzten beiden Jahre bisher nur teilweise möglich. Ab sofort werden allerdings monatliche Dienstbesprechungen eingeführt, in denen sich die Mitarbeiter auch intensiv mit der Verbesserung der Arbeitsabläufe beschäftigen.

Darüber hinaus wird ein Modell für ein innerbetriebliches Vorschlagswesen mit Belohnungssystem ausgearbeitet.

Zeitraum für Umsetzung: bereits begonnen (erste Dienstbesprechung 04.10.2007)

Anschlussgebühren Wasser / Kanal – Anzeigepflicht der Bevölkerung

Vorschlag/Empfehlung

„Der in den Gebühren geregelten Anzeigepflicht von Hausbesitzern über bauliche Änderungen wird nur selten nachgekommen, weshalb wir vorschlagen, in Gemeindeinformationen die Bevölkerung auf diese Verpflichtung aufmerksam zu machen und bei Feuerbesuchen besonderes Augenmerk auf allfällige bauliche Veränderungen zu legen.“ (Seite 16/20)

Maßnahme

In den vergangenen Jahren wurden regelmäßig für Zu- und Umbauten Nachvorschriften vorgenommen. Ebenso wurde und wird die Bevölkerung im Mitteilungsblatt der Gemeinde über die Anzeigepflicht informiert.

Darüber hinaus wird der Vorschlag aus dem Prüfbericht aufgenommen und ab sofort bei künftigen Feuerbesuchen allfällige Änderungen der Bemessungsgrundlage kontrolliert.

Zeitraum für Umsetzung: ab sofort

Ausnahmen von der Anschlusspflicht – Wasser/Kanal

Vorschlag

„Außerdem weisen wir auf die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinde gemäß OÖ Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesetz hin, wonach alle Objekte, die nicht mehr als 50 Meter von der Wasserleitung bzw. dem Kanalstrang entfernt sind, dem Anschlusszwang unterliegen.“ (Seite 16/20/43)

Maßnahme

In der Vergangenheit wurde einigen Objekten eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Ab sofort müssen alle im 50 m Bereich liegenden Objekte anschließen. Weiters wird versucht, die bestehenden Ausnahmen aufzuarbeiten.

Zeitraum für Umsetzung: ab sofort (Kanalbauabschnitt 12 und 13)

Laufende Gebühren Wasser/Kanal

Vorschlag

„Noch nicht erfasst sind in der Gebührenordnung die unbebauten Objekte, die zwar über einen Wasser-/Kanalanschluss verfügen, jedoch kein Wasser beziehen bzw. keine Abwässer einleiten. Wie im Bereich der Erhaltungsbeiträge nach dem Raumordnungsgesetz sollten auch die Besitzer dieser Grundstücke ih-

ren Beitrag an den laufenden Betriebskosten entrichten, weshalb wir vorschlagen, in der Gebührenordnung eine Regelung über eine Bereitstellungsgebühr einzuführen.“ (Seite 16/21).

Maßnahme

Diesbezüglich wird der Finanzausschuss der Gemeinde eine Überarbeitung der Gebührenordnung vornehmen und dem Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Zeitraum für Umsetzung: bis Jänner 2008 (im Rahmen der Festsetzung der Gebühren und Entgelte für 2008)

Anschlussgebühren Kanal (Einleitung Vorfluter)

Vorschlag

„Da diese Form der Entsorgung nicht mehr angewandt wird, sollte diese Bestimmung im Zuge der nächsten Verordnungsänderung ersatzlos aufgehoben werden.“ (Seite 20)

Maßnahme

Auch diesbezüglich wird der Finanzausschuss der Gemeinde eine Überarbeitung der Gebührenordnung vornehmen und dem Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Zeitraum für Umsetzung: bis Jänner 2008 (im Rahmen der Festsetzung der Gebühren und Entgelte für 2008)

Benützungsgebühren Kanal

Vorschlag

„Zur lückenlosen Erfassung aller Kanalbenutzer schlagen wir daher vor, für alle Kanalanschlüsse, die über keine gezahlte Wassermengeneinleitung verfügen, eine Bereitstellungsgebühr oder eine anderweitige Pauschalabgabe einzuführen. Haushalte, die nur einen sehr niedrigen Wasserverbrauch zu verzeichnen haben, sollten daraufhin überprüft werden, ob eine externe Bezugsquelle existiert und diese auch mit einem Wasserzähler ausgestattet ist.“ (Seite 21)

Maßnahme

Für jeden Kanalanschluss wird ein Wasserzähler für die Bemessung der Gebühr vorgeschrieben. Die Plausibilität der Verbräuche wird im Rahmen der jährlichen Abrechnung von der Gemeinde laufend geprüft.

Sämtliche angeschlossenen Objekte, bei denen die Berechnung der Kanalgebühr nicht oder nur teilweise über Zähler erfolgt, werden aufgelistet. Für diese Objekte wird eine Lösung ausgearbeitet.

Zeitraum für Umsetzung: bis Jänner 2008 (im Rahmen der Festsetzung der Gebühren und Entgelte für 2008)

Auslagerung Kindergarten Ausspeisung

Vorschlag/Empfehlung

„Ausspeisungsmodelle im Bezirk haben gezeigt, dass mit der Auslagerung der Ausspeisung an Gastbetriebe Einsparungen erzielt werden können. Wir schlagen vor, diese Variante auch dem Betreiber des Kindergartens mitzuteilen.“ (Seite 25)

Maßnahme

Der Kindergarten wird von der Caritas – wie auch im Prüfbericht festgestellt – bereits jetzt sehr wirtschaftlich geführt. Die angeführte Empfehlung wird dennoch an den Betreiber weiter geleitet.

Zeitraum für Umsetzung: bereits erledigt

Kindergarten Beirat

Vorschlag/Empfehlung

„Wir schlagen vor, das zwischen der Pfarre und der Gemeinde anlässlich des Kindergartenbaus geschlossene Arbeitsübereinkommen über die Einrichtung eines Beirates auf den laufenden Betrieb auszuweiten.“ (Seite 25)

Maßnahme

Ein entsprechender Beirat wurde bereits eingerichtet.

Zeitraum für Umsetzung: bereits erfolgt (GR 05.07.2007)

Schwimmbad Eintrittspreise

Vorschlag/Empfehlung

„Wir schlagen vor, die Eintrittspreise für Schüler, Studenten und Familienkarten zu erhöhen. Die Preise der Saisonkarten weichen erheblich von jenen der Nachbargemeinde Laussa ab, weshalb wir folgende Erhöhung vorschlagen:

<i>Saisonkarte Erwachsene</i>	<i>von 37 Euro auf 40 Euro</i>
<i>Saisonkarte Schüler, Studenten</i>	<i>von 21 Euro auf 27 Euro</i>
<i>Kinder unter 15 Jahren</i>	<i>von 17 Euro auf 14 Euro</i>
<i>Familien</i>	<i>von 65 Euro auf 67 Euro“</i>

(Seite 27)

Maßnahmen

Die Eintrittspreise werden jährlich festgelegt. Der Finanzausschuss wird die Preise mit mehreren Nachbargemeinden vergleichen und dem Gemeinderat einen Vorschlag vorlegen.

Zeitraum für Umsetzung: bis Beginn Badesaison 2008

Schwimmbad Pacht

Vorschlag/Empfehlung

„Da die derzeit getroffene Pachtregelung offensichtlich unbefriedigend ist, schlagen wir vor, die Höhe der Pacht an messbare Indikatoren zu binden. Am besten würde sich dafür eine Bemessung am jährlichen Umsatz eignen, weshalb wir vorschlagen, in diesem Sinne eine Regelung zu treffen.“ (Seite 27)

Maßnahme

Der Finanzausschuss wird sich mit der Thematik beschäftigen und eine mögliche Veränderung dem Gemeinderat vorlegen.

Zeitraum für Umsetzung: bis Februar 2008

Prüfungsausschuss

Vorschlag/Empfehlung

„Außerordentliche Vorhaben wurden im Prüfungsausschuss nicht behandelt, weshalb wir vorschlagen, dass sich der Ausschuss im Bedarfsfall (z.B. nach Fertigstellung eines Projektes) auch mit dieser Gebärung auseinandersetzt.“ (Seite 28)

Maßnahme

Der Prüfungsausschuss wird zukünftig die abgeschlossenen außerordentlichen Vorhaben in einer Sitzung behandeln.

Zeitraum für Umsetzung: bereits begonnen (Sitzung 02.10.2007 – Prüfung Kanalbau BA10)

Prüfungsausschuss

Vorschlag/Empfehlung

Der Prüfungsausschuss ist seiner Verpflichtung, mindestens vierteljährlich eine Prüfung durchzuführen, nicht immer nachgekommen, weshalb wir auf die Bestimmungen des § 91 Gemeindeordnung 1990 hinweisen. (Seite 43)

Maßnahme

Künftig wird der Prüfungsausschuss seine Sitzungen entsprechend der Bestimmungen des § 91 Gemeindeordnung 1990 abhalten.

Zeitraum für Umsetzung: sofort

Feuerwehr Budget

Vorschlag/Empfehlung

„Wir schlagen vor, der Feuerwehr ein jährliches Fixbudget zur Verfügung zu stellen, das maximal 12 Euro pro Einwohner betragen sollte. Dieser Betrag ist auf die fünf Feuerwehren aufzuteilen. Wir schlagen vor, einen Verteilungsschlüssel festzusetzen, der auch Grundlage für kommende Zuteilungen sein muss. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln kann jede Feuerwehr in Eigenverantwortung ihrem Bedarf entsprechend Ausgaben finanzieren. Die Verwendung der Mittel ist am Ende jedes Finanzjahres nachzuweisen.“ (Seite 28)

Maßnahme

Den Feuerwehren wird bereits jetzt ein Fixbudget zur Verfügung gestellt. Ob eine Reduzierung auf 12 Euro je Einwohner wie gefordert gelingen kann, wird in Frage gestellt, nachdem die besondere Situation zu berücksichtigen ist, dass in der Gemeinde 5 Feuerwehren bestehen.

Eine Reduzierung wird aber jedenfalls eingehalten.

Zeitraum für Umsetzung: im Zuge der Budgeterstellung 2008

Feuerwehr Neuanschaffungen

Vorschlag/Empfehlung

„Wir schlagen vor, vor jeder Neuanschaffung Kooperationsmöglichkeiten und Synergieeffekte unter den fünf Feuerwehren bzw. mit Feuerwehren angrenzender Gemeinden auszuloten.“ (Seite 28)

Maßnahme

Die Ausstattung der Feuerwehren wird großteils vom Landesfeuerwehrverband vorgegeben. Dort wo es im Einflussbereich der Gemeinde liegt, werden die Feuerwehren zu Kooperationen angehalten.

Zeitraum für Umsetzung: laufend

Feuerwehr Neuanschaffungen

Vorschlag/Empfehlung

„Wie aus einem Sitzungsprotokoll des Gemeinderates hervorgeht, wurde infolge drohenden Personal-mangels bei der Feuerwehr sogar erwogen, bei Dienstpostenausschreibungen eine Mitgliedschaft bzw. eine Bereitschaft zum Beitritt zur Feuerwehr als Ausschreibungskriterium festzulegen. Jede Neuanschaffung ist daher auch unter dem Aspekt zu betrachten, ob für die Bedienung genügend geeignetes und geschultes Personal zur Verfügung steht.“ (Seite 28)

Maßnahme

Dieser Punkt wird den Feuerwehren zur Kenntnis gebracht und soll von diesen bei künftigen Anschaffungen mit überlegt werden.

Grundsätzlich wird festgestellt, dass bei den Feuerwehren kein Personalmangel besteht. Einsätze während der Tageszeit sind jedoch zusehends schwieriger zu bewältigen, da viele Mitglieder in anderen Orten ihrer Arbeit nachgehen.

Zeitraum für Umsetzung: im Zuge der Budgeterstellung 2008

Gastschulbeiträge

Vorschlag/Empfehlung

„Unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Pflichtschulorganisationsgesetzes schlagen wir vor, Anträge auf Übernahme von Gastschulbeiträgen genauestens zu überprüfen und nur in begründeten Einzelfällen der Übernahme der Kosten zuzustimmen.“ (Seite 29)

Maßnahme

Die Gemeinde wird künftig Anträge auf Übernahme von Gastschulbeiträgen noch genauer bzw. kritischer beurteilen.

Zeitraum für Umsetzung: ab sofort

Versicherungen

Vorschlag/Empfehlung

„Da eine Überprüfung aller Versicherungsverträge durch einen unabhängigen Makler ohnehin wieder einmal empfehlenswert wäre, da der Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse der meisten Versicherungsverträge bereits längere Zeit zurückliegt, schlagen wir vor, eine Neuausschreibung aller Versicherungsobjekte und –sparten durch einen unabhängigen Versicherungsmakler vornehmen zu lassen.“ (Seite 30)

Maßnahme

Ein Angebot bezüglich der Überprüfung der bestehenden Versicherungsverträge wird eingeholt. Anschließend werden die Versicherungsverträge der Gemeinde einem unabhängigen Maklerbüro zur Überprüfung möglicher Einsparungen übergeben.

Zeitraum für Umsetzung: bis März 2008

Stromkosten

Vorschlag/Empfehlung

„Die Marktgemeinde sollte überlegen, längerfristig auf eine andere, kostengünstigere Energieform umzusteigen. Da bislang keine Ausschreibung erfolgt ist, schlagen wir kurzfristig vor, Angebote von verschiedenen Stromanbietern einzuholen, um so den Billigstbieter zu ermitteln.“ (Seite 31)

Maßnahme

Längerfristig werden die Schulen, die derzeit mit Strom beheizt werden, auf eine wassergetragene Heizung, die mit erneuerbarer Energie beheizt wird, umgestellt (Schulbauprogramm 2010 – 2015).

Für die Straßenbeleuchtung wurden Überlegungen bezüglich Energieeinsparung angestellt. Die Überprüfung ergab, dass kaum ein Einsparungspotenzial vorhanden ist.

Die vorgeschlagene Ausschreibung wird in den nächsten Monaten durchgeführt.

Zeitraum für Umsetzung: bis März 2008

Tourismus

Vorschlag/Empfehlung

„Im Hinblick auf die stagnierende Situation im Bereich der Nächtigungszahlen schlagen wir eine dem Tourismus angepasste Ausgabenpolitik vor. Wir schlagen vor, die Ausgaben im Tourismusbereich, die zwischen rd. 8.560 Euro und 27.710 Euro betragen, dem deutlich rückschreitenden Nächtigungstrend anzupassen. Der Prüfungsausschuss hat sich diesbezüglich ebenfalls bereits mit der Thematik befasst und infolge unzureichender Information über die Aktivitäten Nachweise verlangt.“ (Seite 32/44)

Maßnahme

2004 trat die Gemeinde dem Mehrgemeindigen Tourismusverband Nationalpark Region Ennstal bei. Der Beitrag der Gemeinde ist laut Satzungen vorgegeben und nicht veränderbar.

Bezüglich der zusätzlichen Ausgaben, die ebenfalls dem Tourismus zugerechnet werden, wird sich die Gemeinde eine Reduzierung bemühen.

Zeitraum für Umsetzung: im Zuge der Budgeterstellung 2008

Schneeräumung Gehsteige

Vorschlag/Empfehlung

„Da mit der Übernahme der Räumung auch die Verantwortung auf die Marktgemeinde übergeht und damit auch eventuell auftretende Schadensfälle zu ihren Lasten geht, schlagen wir vor, in Zukunft die Schneeräumung nur dort durchzuführen, wo die Gemeinde dazu verpflichtet ist. Schneeräumungen außerhalb des Pflichtbereiches werden aufgrund der Personal- bzw. Zeitknappheit ohnehin nur vereinzelt erfolgen können und muss dafür auf jeden Fall ein dementsprechendes Entgelt eingehoben werden.“ (Seite 32)

Maßnahme

Die Bevölkerung wurde über das Mitteilungsblatt der Gemeinde einige Male über die Verpflichtung zur Schneeräumung informiert. In der Vergangenheit wurden aber die Gehsteige von der Gemeinde mit einem dafür geeigneten Räumfahrzeug geräumt und gestreut. Eine Umstellung dieser Praxis ist daher wahrscheinlich sehr schwierig. Weiters wird sich der Bauausschuss mit dieser Problematik beschäftigen.

Zeitraum für Umsetzung: Winter 2008/09

Schulbuswartehäuschen

Vorschlag/Empfehlung

„Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Bestimmung des § 56 Abs. 2 Ziff 1 der OÖ Gemeindeordnung 1990 i.d.g.F. hin, wonach diese Anschaffung in den Aufgabenbereich des Gemeindevorstandes gefallen wäre.“ (Seite 33)

Maßnahme

Bei künftigen Auftragsvergaben wird genau darauf geachtet, dass diese entsprechend der Aufgabenbereiche der zuständigen Gremien erfolgen.

Zeitraum für Umsetzung: ab sofort

Straßenbau

Vorschlag/Empfehlung

„Wir schlagen daher vor, den Baufortschritt abhängig von den zur Verfügung stehenden Einnahmen zu machen.“ (Seite 36)

Maßnahme

Grundsätzlich werden die Straßenbauten entsprechend den finanziellen Mitteln erledigt. Im Straßenbauprogramm 2006 – 2009 ist allerdings der Bau einer Unterführung vorgesehen. Diese muss aus wirtschaftlichen Gründen in einem Zug gebaut werden, die entsprechenden Finanzausschüsse fließen aber auf zwei Jahre aufgeteilt.

Zeitraum für Umsetzung: laufend

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge zur Erledigung der im Prüfbericht der BH Steyr-Land vom 27. April enthaltenen Vorschläge bzw. Empfehlungen die vorgeschlagenen Maßnahmen beschließen.

Beratung:

Wortmeldung GR Gierer Franz:

Er stellt den Beitrag im Feuerwehrbudget pro Einwohner in Frage und will wissen, wie viel Personal im Katastrophenfall zur Verfügung steht.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er steht voll zu den Feuerwehren und der Prüfbericht beleuchtet die Situation allgemein. Das Land vergleicht einfach die Gemeinden und stellt die Situationen gegenüber und kommt dann zu einem Schluss, der für alle gilt. Eine Reduzierung muss daher durchgeführt werden.

Aus diesem Grund wurde auch bei den Stellenausschreibungen getrachtet, dass der neue Mitarbeiter Mitglied einer Feuerwehr ist.

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

So einfach ist die Situation aber nicht. Es wurde festgestellt, dass viele Feuerwehrmitglieder nicht im Ort arbeiten. Das heißt, dass ein Mehrverbrauch der Feuerwehr gegeben ist und zwar deshalb, weil die geographische Lage, das Material und der Energieverbrauch ganz anders sind.

Die Feuerwehren veranstalten viele Feste für die Bevölkerung, die Vorgabe von Mitgliedern ist nicht unbedingt notwendig.

Eine Mindestausstattung muss jedoch sein.

Wortmeldung GR Schörkhuber Anna:

Sie fragt, ob das richtig ist, wenn ein Kind mit einer Begabung nicht in eine Schwerpunktschule gehen darf, weil die Gemeinde den Gastschulbeitrag nicht bezahlen will.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er erklärt, dass die Gemeinde jährlich einen sehr hohen Gastschulbeitrag an Steyr für die Schwerpunktschulen zu bezahlen hat.

Wortmeldung GR Schörkhuber Anna:

Sie fragt, warum in Ternberg nicht so ein Zweig eingerichtet wird und ob dies verabsäumt wurde.

Wortmeldung GV Mayr Hermann:

Er erklärt, dass dies ein Problem der Stundenaufteilung für die Lehrer ist. Wenn sie einen Zusatzunterricht anbieten, so bekommen sie diese Mehrstunden vom Land einfach nicht.

Heuer wird in Ternberg ein Mehrangebot an Sport angeboten und ist dafür eine Klasse gegründet worden. Diese Mehrstunden müssen dann eben woanders wieder weggelassen und umgetauscht werden.

Wortmeldung GR Ing. Derfler Franz:

Er fragt, für wie viele Kinder bezahlt werden muss und wie hoch der Betrag im Jahr ist?

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er gibt bekannt, dass er nachschauen muss, sofort kann er das nicht beantworten.

Wortmeldung GR Wimmer Karl-Heinz:

Zum Thema „Strom“ glaubt er, dass lediglich der Anbieter gewechselt werden sollte.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er meint, dass ein energie günstiger Anbieter gesucht werden muss.

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Er hat grundsätzlich das Problem, wenn er zu diesem gesamten Prüfbericht ja sagt, dann ist das für die Bevölkerung auch mit einigen Kosten verbunden. Das kann er so nicht vertreten. Jeder einzelne Punkt geht noch in den Gemeinderat zur Behandlung.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er erklärt, dass der Bericht wurde von LR Ackerl gefordert wurde. Die Gemeinde muss eine Stellungnahme abgeben und die geforderten Maßnahmen müssen auch durchgeführt werden. Wenn er mit LR Ackerl sprechen kann, dann soll dies gemacht werden.

Wortmeldung GR Großwindhager Ferdinand:

Er berichtet, dass im Prüfungsausschuss die einzelnen Punkte behandelt und auch durchgeführt wurden.

Wortmeldung GR Wimmer Karl-Heinz:

Er meint, dass man in der Formulierung sehr vorsichtig war, weil man ja nicht definitiv sagen kann, das wird so gemacht.

Wortmeldung GV Ahrer Andreas:

Er gibt bekannt, dass man natürlich bemüht ist, dies umzusetzen. Das heißt jedoch noch lange nicht, dass das dann auch so kostenintensiv wird, wie dies jetzt befürchtet wird.

Wortmeldung GR Hager Johann:

Er stellt fest, dass sehr viele verschiedenen Punkte in diesem Bericht verpackt sind. Den Punkten Feuerwehren und Energie kann er nicht zustimmen.

Wortmeldung AL Hochmuth Norbert:

Er stellt fest, dass der Prüfbericht vom 27.04.2007 stammt, eingelangt ist beim Gemeindeamt am 12.06.2007 und eine Erledigung vom Land jedoch innerhalb von drei Monaten (bis September 2007) gefordert wurde. Jetzt ist aber bereits Oktober 2007 und man muss die Maßnahmen jetzt sofort in Angriff nehmen.

Wortmeldung GR Ing. Derfler Franz:

Er berichtet, dass es bei der EKW einen Rechnungshofbericht gibt, den muss man auch nach Möglichkeit befolgen und sich nicht dagegen wehren, weil man sonst nur noch mehr Schwierigkeiten bekommen würde.

Beschlussfassung:

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge zur Erledigung der im Prüfbericht der BH Steyr-Land vom 27. April enthaltenen Vorschläge bzw. Empfehlungen die vorgeschlagenen Maßnahmen beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag stimmen 13 ÖVP-Gemeinderäte, 2 BPT-Gemeinderäte, Blasl Edgar (FPÖ) und 8 SPÖ-Gemeinderäte, GR Hager Johann (SPÖ) enthält sich der Stimme. Der Antrag ist daher mit 24 Ja-Stimmen angenommen.

15.Allfälliges

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Oö. Landtag nun online übertragen wird.

Lärmschutzmaßnahmen:

Weiters berichtet der Bürgermeister, dass nun die Lärmschutzmaßnahmen betreffend Anraineranfrage an der B 115 gegenüber vom Spargeschäft vom Land gekommen sind. Die Messungen wurden abgeschlossen und findet in der nächsten Zeit eine Besprechung mit den Anrainern statt.

GR Wimmer ergänzt dazu, dass er vor zwei Wochen beim Land diesbezüglich angefragt hat und er die Auskunft erhielt, dass es in Oberösterreich nur einen Bearbeiter dafür gibt, der dies bearbeitet. Er bekam die Zusage, dass die Sache so bald als möglich erledigt wird.

Kanalbau, BA 13, Wasserrechtsverhandlung:

Der Bürgermeister berichtet, dass am Dienstag, 02.10.2007, die wasserrechtliche Verhandlung für das Kanalprojekt Trattenbach abgehandelt wurde. Es gab einige strenge Auflagen für die Kläranlage. Es wurde festgestellt, dass die Kläranlage jetzt bereits zwischen 90 und 100 % ausgelastet ist. Wahrscheinlich muss sie vergrößert werden.

Baulandsicherungsvertrag:

Steindler Günther verliert folgende schriftliche Stellungnahme zum Thema „Baulandsicherungsvertrag“:
Zum Thema Baulandsicherungsvertrag, welcher von der ÖVP im Alleingang beschlossen wurde und dem die SPÖ-Fraktion, nach Inanspruchnahme rechtlicher Beratung, nicht zugestimmt hat.

Die SPÖ Ternberg hat am 20.08.2007 schriftlich die Einberufung einer Gemeinderatssitzung gefordert, in welcher die Thematik des Baulandsicherungsvertrages nochmals behandelt hätte werden sollen.

Der, mit den Stimmen der ÖVP, beschlossene Baulandsicherungsvertrag wurde vom Anwalt der Betroffenen (Frau Regina Wesner) als sittenwidrig titulierte. Für den Fall einer Nichtänderung wurde eine Klage angedroht.

Wäre es zu einer Anfechtungsklage gekommen, hätte die Gemeinde Ternberg mit beträchtlichen Anwalts- und Gerichtskosten zu rechnen gehabt, das wollten wir verhindern.

Da die SPÖ-Fraktion schon im Vorfeld der Abstimmungen auf die Problematik und Anfechtbarkeit des Vertrages hingewiesen hatte, sollte diese Sitzung eine letztmalige Chance zur gütlichen Einigung bieten und Kosten und erhebliche Unannehmlichkeiten von der Gemeinde abwenden.

Nach einem Gespräch zwischen Ihnen, Herr Bürgermeister, dem Vertrag erstellenden Notar und dem Anwalt der Betroffenen kam es zu einer anscheinend endlichen Erkenntnis.

Sie, Herr Bürgermeister, boten an, wenn die SPÖ-Fraktion von ihrer Forderung nach einer Gemeinderatssitzung absieht, dann würde von ihrer Seite auf die, vom Rechtsanwalt der Betroffenen geforderten, Änderungen im Baulandsicherungsvertrag eingegangen werden.

Jetzt, da wir die Forderung nach einer Gemeinderatssitzung zurückgezogen haben, möchte ich von Ihnen über den Stand in der Sache Baulandsicherungsvertrag informiert werden.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er gibt dazu bekannt, dass die Darstellung so nicht richtig ist. Herr Anwalt Moser und Herr Notar Weichselbaumer erhielten von AL Hochmuth keine Zusicherung.

Herr Moser hat kritisiert, dass die SPÖ eine Sondersitzung beantragt hat. Er verbürgt sich, dass keine stattfinden wird.

Es wurde vereinbart, dass man sich mit ihm einigen soll, und dass die Einigung über eine Änderung zustande kommt. Weiters wurde empfohlen, sich rechtlich beraten zu lassen.

Daraufhin wurde die Sitzung zurückgezogen.

Ende September wurde Herrn Moser mitgeteilt, dass das schriftliche Ergebnis bezüglich rechtlicher Prüfung noch nicht da ist und er um noch etwas Geduld gebeten wird.

Diese Woche ist eine schriftliche Stellungnahme gekommen. Darin steht, dass nichts sittenwidrig ist und nichts Bedenkliches gefunden wurde. Man kann jedoch nicht mit 100 %iger Sicherheit sagen, ob der Vertrag im Falle eine Anfechtung und einer Klage hält.

Daraufhin hat man sich mit Dr. Nowak in Verbindung gesetzt. Es wurde heute ein Termin vereinbart, wo über eine wahrscheinliche Neuformulierung eines Baulandsicherungsvertrages gesprochen wird und daraufhin wahrscheinlich die Änderung annehmen oder der bestehende Vertrag durchgekämpft wird.

Das Gespräch wird demnächst stattfinden.

Wortmeldung GR Großwindhager Ferdinand:

Es ärgert ihn, dass im Bauausschuss einige Zeit darüber diskutiert wurde. Er selbst hat in einigen Gemeinden gefragt, Verbesserungen vorgenommen und ergänzt. Dann wurde der Vertrag an Dr. Stöttinger geschickt, der erforderliche Korrekturen gemacht hat.

Ihn stört, dass der Vertrag im Bauausschuss erarbeitet wurde und kurz darauf war der Vertrag bereits in der Öffentlichkeit bekannt.

Frau Schaupp hatte bereits am nächsten Tag einen Entwurf.

Hohlrieder Johann hat den Entwurf vom März am Dienstag bei dieser Vorstellung von Frau Schaupp gehabt. Es gibt jedoch lediglich zwei Stück von diesem Vertrag. Einen hat Frau Wesner, den anderen Vertrag hat Frau Schaupp.

Hier geht es nicht mehr um die Sache, sondern es ist jetzt ein politisches Thema. Am Dienstag hat man das ganz deutlich gesehen.

Die ganze Sache ist für eine Entwicklung in der zukünftigen Baulandentwicklung sehr wichtig und notwendig.

Die Situation am Dienstag war ein Wahnsinn, so was hat er in den letzten 25 Jahren nicht erlebt.

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Er wehrt sich gegen diese Anschuldigung. Er hat mit Sicherheit keinen Vertrag am nächsten Tag an Frau Schaupp gegeben bzw. an Frau Wesner. Er lässt sich diese Unterstellung nicht gefallen.

Wortmeldung GR Großwindhager Ferdinand:

Er meint ihn nicht persönlich, sondern entweder die SPÖ oder BPT, die im Bausschuss vertreten sind.

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Er glaubt auf keinen Fall, dass dies von Herrn Eibenberger gemacht wurde.

Es tut ihm persönlich leid, dass die SPÖ einen solchen juristischen Beirat hat. Herr Nowak wurde nicht von ihnen eingeladen oder bestellt. Dies wurde von Frau Schaupp initiiert.

Die SPÖ hat ihn nicht mehr als Rechtsberater.

Er stellt klar, dass Dr. Nowak die SPÖ ausschließlich in juristischen Fragen gut beraten hat. Er hat sogar bei der Gemeindeordnung und Bauordnung mitgearbeitet.

Wortmeldung GV Mayr Hermann:

Er berichtet, dass der Baulandsicherungsvertrag deshalb gemacht wurde, damit die Gemeinde ein bisschen Geld hereinbekommt, wenn der Besitzer den Grund verkauft. Es wird sofort eine Aufschließung des Grundstückes mit Wasser und Kanal gemacht, damit gleich gebaut werden kann.

Er hat geglaubt, dass die Rechtsanwälte so viel Wissen und Rückgrat haben, dass sie auch standhalten und nicht gleich umfallen, wenn es Probleme gibt.

Nun soll ein neuer Vertrag gemacht werden. Wer garantiert, dass ein neuer Vertrag hält und er ist deshalb dafür, dass dieser Baulandsicherungsvertrag durchgeföhrt werden soll. Das Land hat diesen Vertrag ja angeschaut und jetzt passt er auf einmal nicht mehr. Die Gesetze sollten nicht nur für Juristen gemacht werden, sondern auch für die Bürger.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er gibt bekannt, dass Dr. Stöttinger betont hat, wenn der Vertrag ausjudiziert werden würde, dass das Land dies begrüßt. Es ist aber auch nicht sicher, dass dieser Vertrag dann hält. Er glaubt nicht, dass es für die Gemeinde gut wäre, monatelange Streitigkeiten durchzuföhren.

Wortmeldung GR Wimmer Karl-Heinz:

Er stellt fest, dass Herrn Nowak's Vokabular zum Baulandsicherungsvertrag unter aller Kritik war.

Vor der Vorstellung am Dienstag hat sich Herr Nowak bereit erklärt, für das Land ein Muster für einen Baulandsicherungsvertrag zu entwerfen.

Die Anwälte sind aber keine Verwaltungsjuristen, die man dort aber brauchen würde. Das Problem liegt wahrscheinlich daran.

Wortmeldung GR Blasl Edgar:

Er meint, dass die Sache mit dem Baulandsicherungsvertrag ganz einfach zu lösen sei.

Am Dienstag waren einige humoristische Varianten dabei und wäre dies alles nicht nötig gewesen.

Das einzige Problem sieht er darin, dass diese Verträge von Notaren verfasst werden und von keinen Anwälten. Ausjudizieren nutzt nichts, die Entscheidung trifft letztendlich wieder der Richter.

Ein Vertrag muss so sein, dass er für beide Teile akzeptierbar ist, dann braucht man keinen Anwalt und muss streiten.

Schotterhaufen in Breitenfurt:

Wortmeldung GR Hager Johann:

Er bittet, dass man Frau Altreiter und Herrn Lechner von der BH Steyr-Land fragt, was mit dem Schotterhaufen in Breitenfurt los ist.

Er hat von dort erfahren, dass um eine naturschutzbehördliche Verlängerung von der Firma Blass angesucht wurde. Weiters steht auch noch ein Brecher dort.

Er möchte wissen, ob es eine gewerberechtliche Bewilligung für diesen Brecher gibt oder nicht.

Er möchte, dass dort keine weitere Genehmigung erteilt wird.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er stellt dazu fest, dass die Gemeinde keine Zuständigkeit hat, sondern dies alleine von der BH Steyr-Land zu behandeln ist. Er weiß aber, dass bis zum Ende dieses Jahres eine letztmalige Verlängerung von der BH bewilligt wurde.

Kreuzung Firma Hinterplattner – Ternberger Landesstraße:

Wortmeldung GR Hager Johann:

Er bringt die Situation der Kreuzung Merkurstraße - Grünburger Straße bei der Firma Hinterplattner zur Sprache. Jeweils am Montag und am Freitag herrscht dort eine hohe Autofrequenz wegen der Öffnung des ASZ. Es ist sehr gefährlich wegen der Sträucher und Hecken, man muss fast auf die querende Straße hinausfahren, um zu sehen, ob vom Ort ein Auto kommt.

Er möchte, dass dort eine Lösung gefunden wird.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er berichtet, dass es bereits eine Überprüfung durch Sachverständige gegeben hat und Herr Hinterplattner den Zaun bereits auf die gesetzliche Höhe und Form zurückgeschnitten hat, die Verkehrssicherheit wurde von den Experten getestet.

Kreuzungsbereich Thalerstraße – Jägerweg:

Wortmeldung GR Wimmer Karl-Heinz:

Er fragt, ob es möglich ist, eine Vorrangtafel aufzustellen bzw. eine Begehung zu machen wegen der Regelung bei Freinbergweg und Jägerweg, er möchte dies geregelt haben.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er gibt bekannt, dass sich auf Grund einer durchgeführten Begehung ergeben hat, dass die Rechtsregel gelten und entsprechende Tafeln „Hier gilt die Rechtsregel“ aufgestellt werden sollen. Die Ortsgebietstafel wurde daraufhin weiter hinaufversetzt in Richtung Thalergraben.

Gesunde Gemeinde – Nachfolger für Rogner Christian:

Wortmeldung Vize-Bgm. Steindler:

Er gibt bekannt, dass Herr Rogner ihm mitgeteilt hat, dass er für das Projekt „Gesunde Gemeinde“ nicht mehr zur Verfügung steht.

Er möchte wissen, ob eine Nachwahl oder Nachbesetzung erforderlich ist oder nicht.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Er meint, dass der Ausschuss der Gesunden Gemeinde beraten muss und einen neuen Stellvertreter bestellt.

Er wird sich jedoch noch gründlich erkundigen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um **21.40 Uhr**.

.....
(Vorsitzender)

.....
(ÖVP-Gemeinderatsmitglied)

.....
(Schriftführer)

.....
(SPÖ-Gemeinderatsmitglied)

.....
(BPT-Gemeinderatsmitglied)

.....
(FPÖ-Gemeinderatsmitglied)

Der Vorsitzende beurkundet hiemit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden/über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

TERNBERG, am

Der Vorsitzende: